

Eübender Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Eübender Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 6.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengefaltene Zeile oder deren Raum 200 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 170 Pfg., Reklamen 700 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 250.

Dienstag, den 25. Oktober 1921.

28. Jahrgang.

Die Regierungskrise. Internationales Bekenntnis zur Republik

Ein neues Kabinett Wirth?

SPD. Berlin, 25. Oktober. (Eig. Drahtber.)

Ein bürgerlicher Politiker fasste am Montag seine Meinung über die durch den Rücktritt des Kabinetts geschaffene Lage in den Satz zusammen: „Es sind alle Töpfe zerbrochen.“ So ist es in der Tat. Die Klagen bürgerlicher Parteiführer sind nun dabei, die Scherben zusammenzusuchen und zu kitten. Das fällt ihnen sehr schwer. Der Montag hat keine Lösung, sondern eher eine Zuspitzung der Krise erfahren. Die Hauptfrage der Demokraten und der Deutschen Volkspartei ist die, wie sie gegenüber der realen Macht der Ententestaaten und in den Augen der deutschen Spiegelbürger als aufrichtige deutsche Männer bestehen können. Sie wollen irgendeine Protestnote an die Entente formulieren, die zwar keinen Deut an der Entscheidung in Oberschlesien ändert, aber als deutscher Protest in die Blätter der Weltgeschichte übergehen soll. Die Sozialdemokratie hat zu einer Komödie in diesen tragischen Tagen keine Lust. Wir haben nichts dagegen, daß in der pro-grammatischen Erklärung der neuen Regierung auch eine feierliche Rechtsverwahrung gegen die Vergewaltigung Deutschlands enthalten ist. Nicht aber stimmen wir einer Protestnote an die Ententeregierungen zu, die höchstens den Erfolg einer scharfen Zurückweisung haben würde. Die neue Regierung stände dann gleich mit einem Mißerfolg außenpolitischer Natur vor dem Parlament. Das wäre ein übler Ausfall und nur ein Gewinn für nationalitätliche und monarchistische Feinde. Die bürgerlichen Parteien sollen sich doch nicht selbst etwas vormachen. Stimmen sie bei der Entsendung von Reichskommissaren für die Wirtschaftsverhandlungen mit Polen zu, so ist das auch die tatsächliche Anerkennung des Spruches von Genf. Auch die Nationalversammlung von Bordeaux hat im Jahre 1871 gegen die Annexion Elsaß-Lothringens durch das Deutsche Reich protestiert, aber nicht sich durch eine Protestnote an Bismarck lächerlich gemacht.

Wiel wichtiger als dieses Zwischenstück ist für uns bei den Verhandlungen die Steuerfrage. Aus der Festigkeit unserer Unterhändler werden die bürgerlichen Parteien gelernt haben, daß sie falsch kalkulierten, wenn sie glaubten, uns rasch und bedingungslos in eine Regierung mit der Deutschen Volkspartei hineinmanövrieren zu können. Nachdem das Kabinett Wirth nun einmal gestürzt ist, müssen wir bei jeder Verhandlung, die auf die Einbeziehung der Deutschen Volkspartei hinzielt, die Steuerfrage anerkennen. Selbst wenn die Deutsche Volkspartei den Rückzug, den sie in der ober-schlesischen Frage anzutreten beginnt, bis zum Ende fortsetzt, kann ihr die klare Antwort auf unsere Steuerfragen nicht erpart bleiben. Hier liegen für die nächsten Tage noch große Schwierigkeiten. Wir bleiben einstweilen dabei, daß die Wiederkehr der alten Koalition unter Hinzuziehung oder fernerer wohlwollender Neutralität der Unabhängigen die einzige zu suchende Lösung der Krise ist. Es gibt sozialdemokratische Politiker, die noch an diese Möglichkeit glauben, jedoch sind die Aussichten nicht besonders groß.

Ein Geschäftsministerium aus Staatssekretären, wie es der geschäftige Herr Stegerwald nach preussischem Vorbilde erstrebt, machen die Sozialdemokraten nicht mit. Bürgerliche Politiker, die ernst genommen werden möchten, treiben die Einsicht soweit, daß sie uns zumuten, einem Kabinett Gröber zuzustimmen. Dieser ehemalige Organisator der Zehnjährigen mag als Reichsverkehrsminister am Plage sein, die Sozialdemokratie aber denkt nicht daran, den Generalquartiermeister Seiner Majestät zum Reichsminister zu machen.

Berlin, 25. Oktober.

Es wird angenommen, daß der Reichspräsident im Laufe des heutigen Tages Dr. Wirth erneut mit der Bildung des Reichskabinetts beauftragt wird.

Die Regierungskrise noch nicht gelöst.

Berlin, 25. Oktober.

Die Beratungen des interfraktionellen Ausschusses gingen zur späten Nachmittagszeit zu Ende, ohne zu einem endgültigen Ergebnis gekommen zu sein. Die Standpunkte der einzelnen Parteien haben sich zwar bis zu einem gewissen Grade genähert, jedoch kam es zu keiner gemeinsamen Entschliessung. Der Reichspräsident hat daraufhin die einzelnen Parteien aufgefördert, ihren Standpunkt ihm bis heute, früh 11 Uhr, mitzuteilen, woran er dann seinen Entschluß für die Berufung eines Politikers zur Kabinettsbildung zu fassen gedenkt. Nach Schluß der eigentlichen interfraktionellen Besprechung trat die Deutsche Volkspartei noch zu einer Fraktionsversammlung zusammen. Die Führer der Mehrheitspartei und des Zentrums begaben sich in die Reichskanzlei und berieten dort mit dem bisherigen Reichsminister über die Lage. Es ist demnach fragelassen für heute mittags 12 Uhr mit der Berufung eines neuen Kabinetts zu rechnen.

SPD. Berlin, 24. Oktober. (Drahtbericht.)

Angesichts der wachsenden Bedrohung der republikanischen Verfassung durch die Monarchisten haben die Parteivorstände der Deutschen Sozialdemokratie in der Tschecho-Slowakei, der Tschecho-Slowakischen Sozialdemokratie, der Sozialdemokratie Deutschösterreichs, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands sich auf folgende Erklärung geeinigt:

Das gemeinsame Interesse des gesamten Proletariats der deutschen Republik, der Tschecho-Slowakei und Oesterreichs gebietet die Aufrechterhaltung und Sicherung der republikanischen Staatsform mit allen parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln. Die Parteileitungen erwarten einheitlich von den politischen Vertretern der Arbeiterklasse den Einsatz ihrer ganzen parlamentarischen Macht dafür, daß alle monarchischen Zetteteilen abgewehrt und die Regierungen für jede Anregung oder Duldung gegenüber Angriffen, die den Bürgerkrieg zur Folge haben, verantwortlich gemacht werden.

Das Chaos.

Keine Sau weiß was los ist — so fasste ein bürgerlicher süddeutscher Politiker auf die Frage nach dem Stand der Regierungsbildung die Lage treffend zusammen. Das Kabinett Wirth ist zurückgetreten; aber noch immer weiß niemand, warum. Die Demokraten haben es zum Rücktritt gezwungen, aber „Frankfurter Zeitung“ und „Vossische Ztg.“ beteuern laut, daß die Politik Wirths die einzig mögliche für Deutschland sei. Das Zentrum hat sich von den Demokraten verführen lassen, am Sturz des Kabinetts Wirths mitzuhelfen. Offenbar sollte dadurch der großen Koalition mit der Deutschen Volkspartei der Weg geebnet werden. Aber jetzt höhnt die „Germania“:

„Bleibst du haben einzelne Kreise allzu stark auf die deutsche Volkspartei spekuliert, trotzdem sie wissen konnten, wie sie in so kritischen und verantwortungsschweren Lagen wie die heutige, sich zu entscheiden pflegt. Man hat doch keine Erfahrungen, und die hat die Deutsche Volkspartei durchaus zu beibringen sich bereit. Jedenfalls müssen diejenigen, die da glaubten, in diesem kritischen Augenblick die Deutsche Volkspartei zu gewinnen, erkennen, daß sie die Hauptrolle vergessen hatten, nämlich vorher festzustellen, was diese parteipolitisch will.“

Es wäre gewiß besser gewesen, vorher einmal festzustellen, was die Deutsche Volkspartei politisch wirklich will, statt allerlei unsinnige Illusionen darüber zu verbreiten und den breitesten Massen das gesunde Gefühl bitterer Feindschaft gegen die Deutsche Volkspartei zu verderben. Aber über die Unterlassungssünde zu klagen, hat das Zentrum gewiß am wenigsten recht; trägt es doch die Verantwortung dafür, daß das Kabinett Wirth dem Traum parteiparteilicher Mitarbeit zuliebe gestürzt wurde. Und jetzt muß selbst ein demokratisches Blatt feststellen, daß die Deutsche Volkspartei sich derart aufführt, daß sie sich selbst von jeder Regierung und Regierungsfähigkeit ausschließt. In demselben Augenblick freilich beschließt die demokratische Fraktion, unter keinen Umständen ohne diese Volkspartei in die Regierung zu gehen.

Und das ist vollendeter Wahnsinn. Deutschland und die Republik werden durch diesen kläglichen Wirrwarr und dieses jammervolle Intrigenpiel aufs schwerste geschädigt. Hauptschuldige sind die Demokraten, mitschuldig ist das Zentrum, Deutschland zahlt die Kosten.

Dabei ist die Sachlage so einfach wie möglich. Nach dem Friedensvertrag von Versailles hat die Entente das Recht, die Grenze in Oberschlesien zu ziehen. Sie hat von diesem Recht den denkbar unsinnigsten Gebrauch gemacht, sie war ungerecht, brutal, blöde. Aber das ist wirklich der ganze Versailler Frieden. Deutschland hat dem Versailler Frieden seine Zustimmung gegeben. Nicht innerlich und aus Überzeugung, sondern gezwungen, unter Protest, lediglich weinend, der rohen Gewalt. Zur ober-schlesischen Grenzziehung fragt niemand um unsere Zustimmung. Sie wird uns gehässig aufgezwungen, und da wir gegenwärtig nicht die Möglichkeit haben, der Gewalt Gewalt entgegenzusetzen, müssen wir das Unrecht hinnehmen und für bessere Zeit auf seine Wiedergutmachung hoffen. Ob wir jetzt noch einmal gegen die nackte Gewalt protestieren, oder nicht, ist die denkbar gleichgültigste Sache der Welt. Kein Mensch hat uns in unsere Meinung gefragt, und die ganze Welt kennt sie. Unabhängig davon ist die Zerreißung Oberschlesiens eine

Sie erwarten andererseits, daß die arbeitenden Klassen selbst die ganze Kraft ihrer politischen und wirtschaftlichen Organisationen bereithalten, um sich gegen die Wiederkehr der mit dem Fluche des Krieges belasteten Dynastien und gegen die Wiederaufrichtung des Militarismus und des Systems politischer und sozialer Unterdrückung zur Wehr zu setzen.

Die unterzeichneten Parteileitungen werden miteinander in steter Fühlung bleiben. Sie richten zugleich an alle sozialistischen und Arbeiterparteien der Welt den Appell, das Proletariat der zunächst bedrohten Länder in seinem Verteidigungskampfe zu unterstützen und erinnern insbesondere die Parteien Englands, Frankreichs, Belgiens und Italiens an ihre erhöhte Verantwortlichkeit, da offensichtlich diese Restaurationsversuche von der offiziellen und inoffiziellen Politik ihrer herrschenden Klassen getragen sind.

(Folgen die Unterschriften der obengenannten Parteivorstände.)

unumstößliche Tatsache. Wenigstens für heute und morgen, für die Gegenwart.

Die Oberschlesier, und zwar die Industrie, vertreten durch abg. Bergerrat Williger, die Bauern, vertreten durch den Zentrumsparrer Miska und die Arbeiter, vertreten durch Genossen Bias, haben noch einmal ihren zornigen Widerspruch in die Welt hinausgerufen. Aber sie haben im Anschluß daran übereinstimmend erklärt, daß zu den noch möglichen Wirtschaftsverhandlungen deutsche Vertreter entsandt werden müßten. „Auch wir halten für erforderlich, den Weg der Verhandlung zu beschreiten.“ So fordern die Deutschen Oberschlesiens einstimmig. Aber es gibt „Patrioten“, nicht in Oberschlesien, wohl aber im Reichstag, die ober-schlesischer sind als die Oberschlesier, die besser wissen, was die Deutschen in Oberschlesien haben müssen, als diese selbst. Diese „Patrioten“, Deutschnationalen, Volksparteiler und Demokraten, wollen den Verhandlungsweg nicht beschreiten. Sie wollen, wie die „Vossische Zeitung“ sagt, „die ober-schlesischen Volksgenossen hilflos lassen und ins polnische Chaos hineinstoßen“, und das demokratische Blatt fügt mit Recht hinzu, daß bei Beratungen an Oberschlesien und an Deutschlands Zukunft. Bei den Deutschnationalen kan das nicht überraschen. Sie haben bereits am 10. Mai durch ihren Führer Herzt erklärt, daß sie ganz Oberschlesien einstweilen verloren geben. Aber die Demokraten, die sich nachträglich dieser Parole anschließen, sind in eine hübsche Gesellschaft geraten.

Die Situation fordert einfach, daß wir eine aktionsfähige Regierung haben und sofort Vertreter für die Wirtschaftsverhandlungen bestellen. Donnerstag ist dafür der letzte Termin. Warum geschieht dieses Selbstverständliche nicht? Weil alle bürgerlichen Parteien Wahlpolitik, reine Wahlpolitik, nichts als Wahlpolitik treiben. Die Deutsche Volkspartei will an keiner Regierung teilnehmen, die verhandelt; denn sie fürchtet Stimmenverlust durch die chauvinistische Propaganda der Deutschnationalen. Die Demokraten wollen keinen Schritt mehr ohne die Deutsche Volkspartei tun; denn sie fürchten Stimmenverlust, um zu leben, zerstören sie ihren eigenen Lebenszweck. Das Zentrum will um keinen Preis allein mit der Sozialdemokratie die Verantwortung für das übernehmen, was notwendig und national geboten ist; denn das Zentrum fürchtet Stimmenverlust, wenn es als einzige bürgerliche Partei mit der Sozialdemokratie zusammen regiert und die ganze bürgerliche Front ihren Angriff gerade auf das Zentrum konzentriert. Die Sozialdemokratie allein treibt keine Wahlpolitik und braucht keine zu treiben, weil ihre Politik sich ohne weiteres mit der Vernunft und den Interessen des deutschen Volkes deckt. Aber gerade deshalb muß die Sozialdemokratie dafür sorgen, daß ihre richtige Politik nicht verdunkelt und verbogen wird.

Selbstverständlich lehnt auch die Deutsche Sozialdemokratie die ober-schlesische Entscheidung wie den ganzen Versailler Frieden mit Entrüstung als rechtswidrig, als brutale Vergewaltigung ab. Aber ebenso selbstverständlich fordert sie, daß durch Verhandlungen gerettet werde, was gerettet werden kann. Sie lehnt ab eine reine Demonstrationspolitik, wie sie das Kabinett Fehrenbach-Simons getrieben hat und wie sie das deutsche Volk teuer bezahlen muß. Sie darf sich nicht darauf einlassen, der Entente Grobheiten zu sagen und dadurch zwecklose Zusammenstöße mit Uebermächtigen herbeizuführen, bloß um demokratische und volksparteiliche Wahlausichten zu verbessern. Sie muß auf einer klaren Außen- und Innenpolitik bestehen, die im Volke Ver-

trauen hat und außenpolitisch nicht noch mehr verdirbt, als durch den verlorenen Hohenzollern-Krieg ohnedies verdorben ist.

Die „Germania“ erklärt heute übereinstimmend mit der „Vossischen Zeitung“ den Rücktritt des Ministeriums Wirth für einen schweren Fehler. Das Volk empfinde die Befreiung Wirths als einen Stoß gegen die Demokratie. Der französische Militarismus wird ihn ebenso als seinen Triumph begrüßen. Der begangene Fehler ist nicht wieder gut zu machen, aber der Schaden ist zu verringern, wenn das Kabinett Wirth so rasch wie möglich wieder hergestellt wird. Wer herausgehen will, mag herausgehen; es wird Ersatz dafür zu finden sein. Aber wenn eine „Mittelpartei“ sich von der Entscheidung der anderen abhängig macht, dann freilich mag die Krise dauern, bis das Chaos hereinbricht. Man stelle doch den Reichstag vor die Frage, ob ein Kommissar zu den Wirtschaftsverhandlungen entsandt werden soll oder nicht. Je nach dem Ausfall seiner Entscheidung ist das Kabinett in einer halben Stunde zu bilden. Aber wieder bis zur letzten Stunde zu warten, um dann in der Ueberstürzung etwas Besseres zu tun, dazu sollte man wirklich zu viele Erfahrungen gesammelt haben.

Die Deutsche Volkspartei lehnt ab.

Berlin, 25. Oktober.

Die Deutsche Volkspartei beschloß in der Nachtung auf heute einstimmig die Ablehnung des Genfer Entschlusses und der Entsendung von Sachverständigen. Sie wird ihren Beschluß mit Begründung dem Reichspräsidenten in einem Brief mitteilen.

Zusammenbruch des Karlistenputsches.

Der zweite Putsch des Erzherzogs Karl von Ungarn scheint genau wie das Osterunternehmen der Karlisten auf falsche Voraussetzungen aufgebaut worden zu sein. Raum 48 Stunden nach dem Erscheinen des Habsburgers mit seiner Zita in Debenburg mußten die aufständischen monarchistischen Truppen den gegen Budapest unternommenen Vormarsch in gleichem Tempo zu einem Rückmarsch werden lassen. Unter dem Druck der Kleinen Entente leistete die ungarische Regierung, trotzdem sie in ihrem Innern auch die Monarchie herbeisehnt, hartnäckigen Widerstand, an den weder Karl noch seine Getreuen geglaubt haben. Neuerdings verlautet übrigens, daß außer anderen Entente-Diplomaten auch der italienische Außenminister von dem Osterunternehmen der ungarischen Monarchisten gewußt hat, und das Torretta in dieser Hinsicht bereits verbindliche Abmachungen mit dem Kabinett Bethlen anlässlich der Burgenlandkonferenz in Venedig traf. So sicher es auch heute scheint, daß Karl von Habsburg nicht nur von seinem Anhang in Ungarn, sondern auch von maßgebenden Entente-Mitgliedern schlecht beraten wurde, so fraglich ist es doch, ob sich die italienische Regierung geringer Zugeständnisse wegen zur Unterstützung eines regierungsfeindlichen Unternehmens, wie wir es augenblicklich erleben, hat hinreißen lassen. Die Drohungen Italiens nach Debenburg und die Sympathieerklärung an die Adresse Jugoslawiens und die Tschechoslowakei, die im Laufe des Sonntags von dem italienischen Außenminister abgefaßt wurden, lassen vorläufig alles andere vermuten, nur keine Mitwisserschaft in bezug auf den gegenwärtigen Putsch der Karlisten. Mit der Niederlage der ungarischen Aufständischen ist zweifellos die Ruhe in Ungarn und insbesondere der Friede in dem durchaus republikanischen Osterrreich nicht gesichert. Es fragt sich nun, was ist gegen den Habsburger zu unternehmen? Wie wird es möglich sein, ihn vor weiteren Putschgefahren zu hüten, in Sicherheit zu bringen, und welcher Staat wird die Verantwortung übernehmen, zumal Karl die dem Schweizer Bundesrat gegenüber gemachten Erklärungen schmachvoll gebrochen hat? Sich mit neuen Erklärungen des Putschisten abzufinden, hieße ein neues Unternehmen vorbereiten. Es muß jetzt schon ein Weg gefunden werden, der den Erzherzog von der Außenwelt abschließt und ihn dorthin bringt, wo er von Putschisten, Ehrabschneidern und dergleichen abgeschnitten ist.

Berlin, 25. Oktober.

Nach den letzten Meldungen aus Wien kann der Karlistenputsch als zusammengebrochen angesehen werden. Die Streitkräfte Karls erlitten gestern eine schwere Niederlage, worauf sie um einen Waffenstillstand ersuchten. Da König Karl die Bedingungen der rechtmäßigen ungarischen Regierung nicht annahm, haben sich die Waffenstillstandsverhandlungen zerlegt. Die ungarische Regierung erklärt die militärische Aktion gegen Karl für beendet, da ein weiterer militärischer Widerstand Karls vollkommen unmöglich erscheint. Die Internierung Karls innerhalb Ungarns wird nach seiner Festnahme erfolgen, worauf der Oberste Rat über die Zukunft Karls zu entscheiden haben wird.

König Karl und Königin Zita gefangenengenommen.

Wien, 25. Oktober.

König Karl ist mit der Königin Zita von den Truppen der Budapest Regierung in Komorn gefangen genommen worden. Damit hat der zweite Versuch des Erzherzogs Karl, in Ungarn wieder auf den Thron zu gelangen, sein Ende gefunden.

Frankreichs Schulden.

Paris, 25. Oktober.

Die französischen Schulden belaufen sich auf 264 Milliarden. Davon entfallen 229 Milliarden auf inländische und 35 Milliarden auf ausländische Schulden. Von den ausländischen kommen 13½ Milliarden auf Groß-Britannien und 15½ Milliarden auf die Vereinigten Staaten. Frankreich hat für 14 Milliarden Forderungen an das Ausland, jedoch die Restschulden 26 Milliarden betragen.

Sturmschäden an der holländischen Küste.

Amsterdam, 25. Oktober.

Von der ganzen holländischen Küste kommen Meldungen von Schiffbrüchen und Strandungen während des heftigen Sturmes der letzten zwei Tage. Insgesamt wurden 20 Schiffsbrüche von der holländischen Küste gemeldet. Drei Motorboote, die bei Hoek van Holland und Tessel zur Hilfeleistung ausgespart waren, sind gleichfalls untergegangen. Ein Teil der Besatzung ist ertrunken.

Annahme des Genfer Entschlusses durch Polen.

Warschau, 25. Oktober.

In der letzten Ministerratsitzung wurde der Text einer Note festgestellt, die der polnische Gesandte in Paris, Jamiski, dem Ministerpräsidenten Briand überreichen soll und worin Polen die Annahme der Genfer Entscheidung des Obersten Rates ausspricht.

Das geteilte Oberschlesien.

Nach den Angaben des Statistischen Reichsamtes zählt die Bevölkerung des gesamten Abstimmungsgebietes rund 1 950 000 Einwohner; davon werden polnisch rund 955 000 oder 49 v. H. Bei der Volksabstimmung am 20. März haben für Deutschland gestimmt 707 393, für Polen 497 365 Personen. In den jetzt abgetrennten Gebieten haben 220 953 für Deutschland, 281 192 für Polen gestimmt. An Bodenfläche umfaßt das gesamte Abstimmungsgebiet 1 093 000 Hektar; davon werden polnisch 327 000 Hektar oder rund 30 v. H. Von 60 Steinkohlengruben fallen 49 an Polen, nur 11 bleiben deutsch. Von den vier staatlichen Kohlengruben kommen die 3 größten an Polen. Die Gesamtkohlenerzeugung in Oberschlesien betrug 1920 rund 31 750 000 Tonnen. Davon kommen an Polen rund 24 600 000 Tonnen oder 77,5 v. H., und es verbleiben bei Deutschland rund 7 140 000 Tonnen oder 22,5 v. H. Von den bis 100 Meter ansteigenden Kohlenmengen von rund 60 Milliarden Tonnen verbleiben uns nur etwa 5,5 Milliarden Tonnen, also noch nicht ein Zehntel. Davon liegen 2,5 Milliarden im Wasserzuchtgebiet, sind also nicht greifbar.

Sämtliche Eisenerzgruben fallen an Polen. Es handelt sich um eine Gesamtzeugung von 61 000 Tonnen jährlich. Von insgesamt 37 Hochöfen auf 8 Hochofenwerken bleiben nur 15 auf 3 Hochofenwerken deutsch. Von der Jahresproduktion an Zink erzieht in Höhe von 576 000 Tonnen behalten wir nur eine Produktionsmöglichkeit von etwa 170 000 Tonnen, verlieren also rund 400 000 Tonnen Roheisen. Von 18 Stahl- und Walzwerken werden 9 polnisch, darunter die Bismarckhütte, die Königs- und Laurahütte. Von 26 Eisen- und Stahlgießereien bleiben 10 deutsch. Von 16 im Betrieb befindlichen Zink- und Bleierzgruben bleiben nur 4 deutsch und zwar ein Teil der staatlichen Friedrichsgrube und nur drei private Gruben mit einer Förderung in Zinzerzen von jährlich rund 39 000 Tonnen, bisher 266 000 Tonnen, in Bleierzen von jährlich rund 5000 Tonnen gegen bisher 22 000 Tonnen. Somit behalten wir von der Zinzerförderung nur 14 v. H., da Oberschlesien 80 v. H. der gesamten deutschen Zinzerförderung aufbrachte, verliert Deutschland 75 v. H. der gesamten Zinzerförderung. Von der ober-schlesischen Bleierzförderung bleiben uns etwa 23 v. H. Sämtliche Zink- und Bleihütten gehen indessen an Polen über, ebenso die zwei vorhandenen Blei- und Silberhütten mit einer Produktion von 2000 kg Silber.

Die Entscheidung des Völkerbundes über Oberschlesien fordert zur Durchführung der Uebergangsbestimmungen, die zum Teil bis zu 15 Jahren in Kraft bleiben, die Entsendung eines deutschen Kommissars. Bis Donnerstag soll der Kommissar entsandt sein. Es ersehnt nötigst ausgeschlossen, daß dieser Termin eingehalten werden kann. Die Regierung hat demissioniert. Es ist unmöglich, daß bis Donnerstag eine neue Regierung gebildet wird. Ohne neue Regierung aber kein Zusammentritt des Reichstags. Ohne Reichstag und ohne neue Regierung aber kein Kommissar. Es ist zu befürchten, daß die Entente uns nach Ablauf der Frist bis Donnerstag durch ultimative Drohung zwingen wird, schnellstens einen Kommissar zu ernennen und dadurch auch die schnelle Bildung einer neuen Regierung veranlaßt. Vorläufig sind die Parteien noch nicht in der Lage, die einheitliche Basis einer Regierung zu finden.

Es wäre sehr bedauerlich, wenn auch diesmal wieder durch den stärksten Druck von außen übereilt eine Regierung geschaffen werden müßte, weil dadurch wiederum für die Regierungsplattform die inneren politischen Notwendigkeiten außer Betracht bleiben müßten. Insbesondere würde eine einseitige Orientierung der Parteien gegenüber den neuen Steuern zunächst unüberwindlich und dadurch in kürzester Zeit wieder Verhandlungen über die eventuelle Umbildung der Reichsregierung erfolgen müssen.

Die Sozialdemokratische Partei und auch die Unabhängigen sind unbedingt für die Wiederkehr Wirths. Leider ist beim Zentrum und bei den Demokraten diese Einigkeit des Willens nicht vorhanden. Somit würde man in kürzester Zeit zur Neubildung des Kabinetts schreiten können.

Vollschweißliche Eisenbahntarife.

Bisher hatte jeder russische Staatsbürger dank der Segnungen der Bolschewisten Anspruch auf freie Beförderung auf der Eisenbahn. Die Erfüllung dieses Anspruches war natürlich ein gewisser Kriegssatz. Die Zahl derer, die die Eisenbahn benutzen wollten und die wirklich sie benutzen konnten, verhielt sich ungefähr so, wie die Kisten in einer Lotterie zu den Gewinnen. Nunmehr wird die kommunistische Herrschaft mit aller Energie abgebaut und dem „Kapitalismus“ wieder Raum geschaffen. Die Sowjetregierung hat jetzt Frucht — und Personentarife angesetzt, die für die Benutzung der Eisenbahn maßgebend sind. Wer nicht zahlen kann, wird nicht befördert. Diese Tarife weisen geradezu phantastische Breiten auf. Die billige Eisenbahntarife für Entfernungen, wie sie heute im Vorkriegsverkehr der größeren Städte bestanden, kostet 15 000 Rubel. Eine Fahrkarte über eine Strecke wie ungefähr zwischen Berlin und Köln kostet 128 000 Rubel. Wer früher in Rußland einen Beiß von 15 000 Rubeln hatte, der einem Wert von etwa 33 000 Mark entsprach, konnte damit ein beachtliches, aber durchaus sicheres Rentenleben führen. Heute braucht man den gleichen Kapitalbetrag, um mit der Eisenbahn eine Strecke zu bewältigen, die man an einem Tage auch zu Fuß zurücklegen kann.

Auch die Gütertarife sind hanebücheln. In der Zone der geringsten Entfernungen kostet der Transport für ein Kubik Gepäck 2304 Rubel; wer eine große Reise über die weiten Gebiete Rußlands unternimmt und damit auf eine Eisenbahnreise von 10 000 Kilometer rechnen kann, hat 1 156 000 Rubel zu bezahlen. Hat er auch noch Gepäck, so kostet ihm ein kleines Handkofferchen abermals die Kleinigkeit von 215 000 Rubel.

Preußen leniert sich auf Kosten des Reichs.

Zur Finanzlage Preußens machte der Finanzminister am Montag im Hauptauschuß des Landtages wichtige Ausführungen. Die Finanzlage Preußens hat sich erheblich gebessert durch die Aussicht, infolge höherer Erträge der Reichsteuer große Zuwendungen vom Reich zu bekommen. Entsprechend der allgemeinen Geldentwertung sind aber auch die Ausgaben für Länder und Gemeinden bedenklich angewachsen. Die Gemeinden sollen nach Vereinbarungen mit dem Reich in erheblichem Umfange an dem Ertrags der Getränkesteuer beteiligt werden. Als Ersatz dafür, daß sie in keiner Form mehr Einkommen besteuern können, sollen 300 Millionen zur Verfügung gestellt werden. An dem Ertrage der Kraftfahrzeugsteuer will das Reich mit 50% teilnehmen, aber auf viele Anteile verzichten, wenn Länder oder Gemeinden eine allgemeine Fahrzeugssteuer einführen. Der Rechnungsabluß für 1920 weist eine Einnahmeverbesserung von 483,5 Millionen, aber eine Ausgabenverschlechterung von 1186,5 Millionen auf. Die Veranlagungen für 1920 werden wahrscheinlich erst in den ersten Monaten des Jahres 1922 erledigt sein. Das Reich rechnet für 1920 mit einem Gesamteinkommen an Einkommensteuern von 17 Milliarden Mark.

Das Verschwörerrecht.

München, 24. Oktober. (Sig. Drahtber.)

Die „Münchener Post“ nimmt den Putsch des Erzherzogs Karl zum Anlaß, die engen Beziehungen zwischen dem Führer der bayerischen Nationalsozialisten Hitler zu den österreichischen Karlisten, zu den Erzbergermördern, zum Reichspräsidenten Kocher, zum Rappisten Ehrhardt, der im Hauptquartier der Nationalsozialisten unauffällig fotografiert worden ist, zum Führer des Freikorps Oberland, Hauptmann von Kessel, zu Dr. Ruge und schließlich zu Ludendorff aufzudecken. Als Hauptgeheber dieser Mordclique bezeichnet unser Parteiorgan einen in Berlin wohnenden Amerikaner, der durch einen Großindustriellen zur Unterstützung der Bewegung veranlaßt wurde.

Im Frühjahr d. J. wurden in einer Ausschuß-Sitzung der Nationalsozialisten Pläne zur Ermordung Erzbergers beraten. Erzberger war damals zu einem Vortrag nach München geladen, und bei dieser Gelegenheit sollte die Mordtat ausgeführt werden. Man wurde sich aber über die Rollenverteilung unter den Nationalsozialisten nicht einig. Die größten Heher verurteilten andere Mitglieder zu der Tat vorzuschreiben. Die Herren, die an dieser Sitzung teilgenommen haben, sind unserer Partei wohlbekannt. Man hat auch einen Plan beraten zur Ermordung des Reichsministers Rathenau. Zur Ausführung dieser Tat sollten einige Leute nach Berlin geschickt werden. Zum Schluß lag die „Münchener Post“ die jehige Regierung und die Polizeidirektion werden beide erklären müssen, ob sie zu Herrn Hitler und seinem Verbands ebenfalls Beziehungen unterhalten, wie Kocher. Sie mit den Rappisten gepflegt hat. — Wir haben sichere Anhaltspunkte dafür, daß Organe der Staatsverwaltung im alten Sinne tätig sind.

Militarismus im Jenseits.

In der „Kattowitzer Zeitung“ vom 28. September konnte der verwunderte Leser sich an folgender Notiz erbauen:

Nach dem Tode ausgezeichnet wurde der ehemalige Gefreite im Pionier-Bataillon 12 Franz Bierhoff, Kattowitzer, Bernhardtstraße. Er wurde im Jahre 1918 nach schweren Verwundungen als D. II. entlassen und ist diesen im Jahre 1919 erlegen. Jetzt wurde er zum Unteroffizier befördert und erhielt nachträglich das E. R. I. Klasse.

Nun braucht ja wohl nur noch Petrus der Seele des verstorbenen Kriegers die Erlaubnis zu erteilen, daß sie fortan im Himmel mit Unteroffizierstreffen herumspazieren darf.

Der Deutsche Beamtenbund zur Feuerung.

Vom Zeitungsdienst des Deutschen Beamtenbundes wird uns geschrieben:

Im Anschluß an die seitens der Zeitung des Deutschen Beamtenbundes bereits vor geraumer Zeit wieder aufgenommene Fortführung der Feuerungsaktion sind in Besprechungen mit dem Reichsfinanzministerium auch jetzt wieder dringliche Vorstellungen erhoben worden wegen der unzureichenden Inanspruchnahme der sogenannten zweiten Stufe der Feuerungsaktion für die Beamtenchaft. Sollten die vom Deutschen Beamtenbunde zu fordernden grundsätzlichen Maßnahmen (namhafte Erhöhung der Grundgehälter, Befreiung der Ortsklassenpannung, Existenzsicherung für die geringbefohlenen Gruppen) sich weiter hinausziehen, so müßte für die Beamtenchaft, deren Lebensmöglichkeit durch die außerordentliche Feuerungswelle aufs äußerste gefährdet wird, die Anwendung anderweitiger Hilfsmittel gefordert werden. Die endgültige Klärung dieser Fragen ist durch die für die nächsten Tage in Aussicht genommenen Verhandlungen zu erwarten.

Verdienste der Hohenzollern.

VIII.

Wilhelm von Doorn besaß vor dem Kriege auch im Ausland wertvolle Villen, Besitzungen usw. Neben der Besitzung Achilleion auf Korfu gehörte auch die Villa Falconieri in Frascati (Italien) zu diesen schönen Objekten. Auf Grund des Vertrages von Versailles ging der Privatbesitz aller deutschen Fürsten entschädigungslos an die einzelnen Siegerstaaten über. Aber auch die fürstlichen, königlichen und kaiserlichen Besitzungen in den abzutretenden Gebieten wurden nach diesem System kostenlos über-

nehmen. Das sind zusammen fast allein bei Wilhelm dem letzten erhebliche Objekte. Besitzt er doch nicht nur eine Farm in Südwästafrika, sondern auch große Güter in der abgetretenen Provinz Posen, in den abzutretenden Teilen Oberösterreichs und Schlesiens, z. B. die Hohenkönigsburg im Glatz usw.

Der gewöhnliche Untertan wird meinen, Wilhelm werde diese Verluste zu tragen wissen. Wir haben ja alle für den herrlichen Krieg opfern müssen. Zudem hat der Herr von Doorn noch so viel Privateigentum, daß ihm jene Verluste materiell nicht allzusehr schmerzen. Aber weit gefehlt.

Auf Grund des Friedensvertrages muß die deutsche Regierung den deutschen Bürgern, denen in den abzutretenden Gebieten und auch sonst Konzessionen, Vermögen oder andere Besitzrechte enteignet worden sind, diese entschädigen. Die vormalige Krone ist nun der Auffassung, daß sie auch zu „den Bürgern“ gehört, die entschädigt werden müssen! Gelänge es ihr, diesen Standpunkt durchzusetzen, dann müßte jetzt das deutsche Reich z. B. Wilhelm von Doorn für die ihm eben — wie die Zeitungen melden — von der italienischen Regierung abgenommene Villa Falconieri in Frascati entschädigen. Auch für seine übrigen Auslandsverlufe müßte er Hunderte von Millionen bekommen. Er will sie auch haben, er hält es für so selbstverständlich, daß darüber Bestimmungen nicht einmal in dem inzwischen vom Preussischen Landtag abgelehnten Vergleichsentwurf aufgenommen worden waren. Die Hohenzollern verstehen es, sich Verdienste zu verschaffen.

Regierung, ziehe Steuern ein!

Die „Frankfurter Zeitung“ (Erstes Morgenblatt vom 21. Oktober) weist in einem höchst bemerkenswerten Artikel darauf hin, daß infolge der noch immer nicht beendigten Veranlagung die meisten Steuerpflichtigen, die nicht Lohn- oder Gehaltsempfänger sind, bis heute noch keinen Steuerzettel erhalten und darum auch noch keine Steuer für das Jahr 1920 gezahlt haben. Die Schuld liegt an der ungeheuren Überlastung der Finanzämter, denen die Neuordnung des Reichsfinanzwesens eine Riesenaufgabe zugewiesen hat, die durch die fortgesetzten Veränderungen am Einkommensteuergesetz noch erschwert wird.

Inzwischen bleiben all die Steuern aus Einkommen unbezahlt, die auf Grund besonderer Veranlagung zu entrichten sind. Die provisorische Leistung auf Grund der Veranlagung 1919, die sich auf das Einkommen vom Jahre 1918 stützt, kommt angesichts der gewaltigen Verschiebung, die in den Einkommensverhältnissen rein zahlenmäßig seitdem eingetreten ist, kaum in Betracht. Von diesem Ausbleiben der Einkommensteuer wird nicht nur das Reich auf empfindlichste betroffen, sondern auch der große Kreis der Anteilseigner an dieser Steuer: die Länder und Gemeinden. Sie alle warten sehnsüchtig auf ihren Anteil, der namentlich für die Gemeinden um so mehr ins Gewicht fällt, als er die wesentlichste Quelle ihrer Einnahmen bedeutet. Von überall her werden verzweifelte Klagen darüber laut, daß das Reich mit seinen Leistungen an die Gemeinden stark im Rückstande ist und vielfach nicht einmal für das bereits verfllossene Finanzjahr seinen Verpflichtungen voll entsprochen hat. So kann und darf es nicht weiter gehen. Die Gemeinden können nicht fortgesetzt darunter leiden, daß der Steuerapparat des Reiches bisher nicht voll in Gang gebracht werden konnte. Sie müssen, wenn sie bei der ohnehin äußerst eingeschränkten Steuerhöhe, die ihnen noch verblieben ist, ihre Aufgaben erfüllen, ihren eigenen Verpflichtungen nachkommen wollen, darauf rechnen können, daß das Reich den ihnen gebührenden Anteil an der Steuer ihnen pünktlich zuführt.

Ein anderes kommt hinzu: Was das Reich heute an Einkommensteuer ausstehen hat, ist in doppelter Hinsicht gefährdet. Einmal: ganz gewaltige Steuerbeiträge werden, je länger die Aufforderung zur Zahlung sich hinauszögert, in um so größerem Maße einfach uneinbringbar, weil das Geld ausgegeben ist. (Der wahnsinnige Käuferandrang in allen Geschäften, durch den die Preise immer weiter in die Höhe geschraubt werden, zeigt, wie namentlich die Bauern vom Lande mit dem angekauften Papiergeld, von dem sie noch keine Steuern bezahlt haben, einen volkswirtschaftlichen Unfug schlimmster Art treiben.)

Auf die Frage: Was zu tun ist, antwortet die „Frankf. Ztg.“:

Der Reichsfinanzminister muß verfügen, daß jeder Einkommensteuerpflichtige die auf Grund seiner Einkommensteuererklärung von ihm leicht zu erreichende Steuer alsbald abzuführen hat. In welcher Weise das zu geschehen hat, bleibt Sache der behördlichen Verfügung. Vor allem sollte aber darauf Bedacht genommen werden, die technische Durchführung der Zahlung zu erleichtern und zu diesem Zwecke, wie das in einigen Fällen auch schon geschehen ist, noch andere Stellen neben den Kasien der Finanzämter (Reichsbank usw.) nutzbar zu machen. Die spätere Umrechnung der provisorischen Zahlung würde keine so großen Schwierigkeiten machen. Um die rasche Bezahlung der Einkommensteuer zu sichern, wäre ferner notwendig, die Verzugszinsen auf verspätete Leistung ganz beträchtlich höher festzusetzen, als dies jetzt der Fall ist.

Schließlich wird auch wegen der wachsenden Erbitterung der im Arbeits- oder Angestelltenverhältnis stehenden Steuerpflichtigen, die es nicht länger mehr ruhig mit ansehen können, wie nur sie zur pünktlichen Einkommensteuerzahlung herangezogen werden, die Befolgung dieser Vorschläge zu einer dringlichen Pflicht, an der die verantwortlichen Stellen nicht einen Tag länger vorbeigehen dürfen.

Lubendorff und Knüppel-Runze.

Als vor einiger Zeit in einem linksstehenden Blatte der Oberst Bauer beschuldigt wurde, an neuen Komploten teilzunehmen, erwiderte die auf dem extrem deutsch-nationalen Flügel stehende „Deutsche Zeitung“ folgendes: Jedermann wisse doch, daß Oberst Bauer ein politischer Narr und Phantast sei, den kein Mensch in Deutschland ernst nehmen.

Es wurde damals sofort darauf hingewiesen, daß der von den Deutschnationalen als Narr und Phantast getenn-

zeichnete Mann einer der hauptsächlichsten geistigen Berater Lubendorffs in politischen Dingen während des Weltkrieges gewesen ist. Damals konnte man noch ein gewisses Staunen darüber äußern, daß sich Lubendorff solchen Phantasten zum Berater erwählen konnte. Aber heute können wir feststellen, daß der Herr und Meister selber ein mindestens ebenso großer politischer Phantast ist, wie seine rechte Hand. In Heft 31 der „Globe“ veröffentlicht Robert Breuer Auszüge aus einem demnächst erscheinenden Buch Lubendorffs „Krieg und Politik“. Dieses Buch soll noch mehr als seine Vorgänger der „Kriegs- und Friedenspolitik“ die wahnwitzigsten Geisteskonstruktionen an. Neun Zehntel des deutschen Volkes werden des offenen und geheimen Hochverrats beschuldigt, damit Lubendorffs Unschuld heller erstrahle. Zentrum, Sozialdemokraten, Fortschrittler, sie alle hätten auf die Niederlage Deutschlands hingearbeitet. Natürlich auch die Juden! Und hier ist es interessant, wie Lubendorff operiert. Er phantastiert sich eine jüdische Weltberleitung zusammen, der er sogar die Kraft zutraut, daß sie Frankreich und England am Gängelbande gehabt habe. Wir zitieren wörtlich:

„Mit Frankreich und England Hand in Hand arbeitete die Oberleitung des jüdischen Volkes. Vielleicht führte sie beide. Sie sah den kommenden Weltkrieg als das Mittel an, ihre politischen und wirtschaftlichen Ziele durchzusetzen, der Juden in Palästina ein Staatsgebiet und Anerkennung als Volk zu erwerben und ihnen in Europa und Amerika eine überstaatliche und überkapitalistische Vormachtstellung zu verschaffen. Auf dem Wege zur Verwirklichung dieses Zieles erstrebten die Juden in Deutschland dieselbe Stellung wie in jenen Ländern die sich ihnen schon ergeben hatten. Dazu brauchte das jüdische Volk die Niederlage Deutschlands.“ (Und dazu sind zirka 10 000 Juden in deutsche Heere gefallen! Red. d. „B.“)

Wenn man derartiges im Blatt des Herrn Knüppel-Runze liest, wundert man sich nicht. Daß aber das deutsche Volk in den Jahren seiner höchsten Not von einem Mann geführt worden ist, dessen geistiger Horizont etwa mit dem eines antisemitischen Winkelpolitikers zusammenfällt, das ist das deutsche Unglück und der letzte Grund, warum der Weltkrieg in einer fürchterlichen Katastrophe endete.

Lubendorff hat übrigens einen vernichtenden Zeugen gegen sich: Er heißt — Erich Lubendorff. In dem deutschen Reichsbuch über die Vorgeschichte des Waffenstillstandes sind die Telegramme und amtlichen Neußerungen für alle Zeiten festgehalten, in denen Lubendorff im Oktober 1918 die militärische Niederlage eingestanden und ihre Gründe auseinandergesetzt hat. Wir haben jüngst schon einiges daraus zitiert. Wir werden Herrn Lubendorff gern noch mit mehr dienen. Aber fest steht auf alle Fälle, daß der Lubendorff vom Oktober 1918 keinen einzigen der Gründe für die Niederlage angegeben und gekannt hat, die der Lubendorff von 1921 nachträglich konstruiert.

Wo steht die deutsche Revolution?

Von Dr. Werner Peifer.

Die Frage mag denen sonderbar erscheinen, die die deutsche Revolution mit dem 9. November beginnen und am gleichen Tage oder ein paar Tage später enden zu sehen vermögen. Wer jedoch das Wesen der Revolution im Anschluß an das Lassallewort untersucht, wonach Revolutionen nicht gemacht werden, muß auch zu der deutschen Erhebung vom November 1918 eine andere Stellung einnehmen. Der 9. November war — das ist oft genug gesagt worden — äußerlicher Anfangs- und Schlußstein einer wirtschaftlich und seelisch vorbereiteten Entwicklung. Er war aber nicht das Datum, das die innere Einleitung der Revolution bedeutet.

Es gibt ein sehr einfaches Mittel, um sofort festzustellen, daß diejenigen, die behaupten, die Revolution sei längst beendet, im Unrecht sind. Man frage sie nämlich, mit welchem Datum denn dieses Ende erreicht worden sei — und sie werden verlegen schweigen müssen. Karl Marx spricht einmal von dem Gegensatz zwischen bürgerlichen und proletarischen Revolutionen. Während die bürgerlichen Revolutionen meist einen glänzenden Anlauf nehmen und sofort ihrem Ziele zustreben — das meistens nicht sehr weit gesteckt ist, — bewegen sich die proletarischen Revolutionen in Form von Ebbe und Flut. Ein ewiges Auf und Nieder, ein Vorwärts und ein Rückwärts, Erreichen und Zurückgeworfenwerden — das sind ihre charakteristischen Merkmale. Ihr Ziel ist weit gesteckt. Wohl können neue wirtschaftliche und politische Ereignisse dazwischentreten und ihren endgültigen Siegeslauf hemmen; mit um so größerer Wucht aber erheben sie sich eines Tages und folgen ihrer Aufgabe, die in der Erringung einer neuen Gesellschaftsform besteht.

Hat die deutsche Revolution vom 9. November 1918 ihr Ziel erreicht? Die Frage stellen, heißt sie verneinen. Wird sie es erreichen? Die Frage verneinen bedeutet, nicht Sozialist sein! Wo steht also jetzt die deutsche Revolution? Daß sie noch nicht beendet ist, hatten wir festgestellt. Daß sie ihr Ziel noch nicht erreicht hat, bedarf keiner eingehenden Begründung. Folglich muß sie mitten in ihrem Lauf sein, in dem wir Sozialisten einen Siegeslauf erblicken.

Die Frage kann nur einigermaßen zutreffend beantwortet werden, wenn wir die drei gewaltigen Elemente der Revolution, die in Wirklichkeit eng miteinander verknüpft sind, theoretisch voneinander scheiden und nacheinander den Stand der Revolution in wirtschaftlicher, politischer und kultureller Beziehung untersuchen.

Wirtschaftlich steht die deutsche Arbeiterschaft mitten im Ringen um ihre Emanzipation. Der Gedanke der Arbeitsgemeinschaft wird allgemein von der Arbeiterschaft wohl als vorübergehende Möglichkeit zu wirtschaftlicher Verständigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern aufgefaßt, jeder Proletarier aber weiß, daß die Arbeitsgemeinschaft noch lange nicht Gemeinschaftsarbeit bedeutet. Die kapitalistische Wirtschaft in die sozialistische überführen, ist nach wie vor der Wille des gesamten Proletariats, gleichgültig zu welcher der bestehenden sozialistischen Parteien sich der einzelne Kämpfer stellt. Von der Verwirklichung der künftigen Wirtschaftsform, die wir in Anlehnung an den bekannten sozialistischen Nationalökonom Wilbrandt als die

„Eingabewirtschaft“ bezeichnen wollen, sind wir weit entfernt. Tariffkämpfe, Auseinandersetzungen über Tagesfragen, Lohnbewegungen, lokale Streiks — all das trübt den Blick für die großen Aufgaben, die bevorstehen, ohne ihn zu blenden. Sind wir uns doch der Tatsache bewußt, daß jeder einzelne erfolgreich bestandene Kampf mit dem Unternehmertum wieder ein Steinchen zur Errichtung jenes großen Gebäudes bildet, das keine Ausbeutung mehr kennt und dem die Unterscheidung zwischen Besitzenden und nichtbesitzenden Klassen fremd ist.

Politisch: Die Führer des Proletariats mahnen zum Schutz der demokratischen Republik. Ein erfreuliches Zeichen der beginnenden Gesundung in der Arbeiterbewegung nach jahrelanger unfruchtbarer Zersplitterung ist es, daß sich auch die unabhängige Partei für die Erhaltung der Republik einsetzt. Mancher hat sich wohl schon oft innerlich gefragt, ob es wirklich so lohnend sei, alles für die Erhaltung einer Staatsform einzusetzen, die wir nicht als das Letzte betrachten; bedarf es doch keines Hinweises darauf, daß für die sozialistische Eingabewirtschaft im Rahmen der gegenwärtigen parlamentarischen Demokratie kein Platz ist. Wir können deshalb gar nicht oft genug auf den Übergangscharakter der gegenwärtigen Staatsform hinweisen, müssen jedoch stets im Zusammenhang damit die Tatsache betonen, daß die Republik jeder Monarchie gegenüber, sei sie absolut oder gebärde sie sich konstitutionell, einen Fortschritt bedeutet, der zugleich eine günstigere Basis zur Erreichung weiterer Ziele darstellt. Die Zukunft ausbauen, heißt deshalb die Gegenwart sichern, und die Sicherung der Gegenwart bedeutet Gewähr für die Zukunft. Solange es Monarchisten in der deutschen Republik gibt, die das Königtum über die Häupter der Arbeiterschaft hinweg mit Handgranaten und Maschinengewehren einführen wollen, muß abgewehrt werden, um aufzubauen, muß geschützt werden, um Neues zu schaffen.

Geistig: Hier stehen wir am weitesten zurück. Die Arbeiterschaft hat die neue Zeit begriffen, und ihre gewaltige Mehrzahl ist sich der stolzen Tatsache, Trägerin der neuen Zeit mit neuen Gedanken zu sein, in stolzer Freude wohl bewußt. Das Bürgerium aber steht abseits. Mögen auch große Kreise der Demokraten und des Zentrums sich ehrlich mit der Republik abgefunden haben und bereit sein, sie zu unterstützen, — geistig können sie die neuen Dinge, die geschehen sind, nicht verarbeiten. Sie verstehen nicht mehr, was sich rings um sie ereignet und sehen Schrecken und Auswüchse, wo kühne Versuche zu großer Tat begonnen werden. Eine neue Kultur ist im Werden: Die Kultur des Proletariats. Kultur ist Form, nicht Inhalt. Noch ist sich das Proletariat selbst dieses — vielleicht schwierigsten — Teiles seiner Aufgabe nicht immer in vollem Umfange bewußt. Das Gefühl aber ist da, daß nicht nur wirtschaftlich und politisch Neues zu erreichen ist, sondern daß das kommende Zeitalter eine neue geistige Einstellung bedingt.

Fragen wir, was erreicht sei, so können wir im Hinblick auf das Ziel nur sagen, daß Endgültiges noch nicht errungen ist. Ueberall aber sind Anzeichen da, die mehr als eine Hoffnung, die Gewißheit verkünden. Die deutsche Revolution steht heute im Anfang. Der Anfang aber steht unter dem Stern der Erfüllung. Wäre sie heute beendet, so hätte sie ihre Aufgabe verfehlt. Da sie es nicht ist, wollen wir alle ihr helfen, sie im Dienste der Menschheit zu erfüllen.

Volkswirtschaft.

Balutaverfälschung und Preistreiberi.

Mit dem Übergang der Markt setzt auch die Preistreiberi verkümmert ein. Selbst das „ehrlische“ Bayern bleibt davon nicht verschont, wie folgende Meldung beweist:

Die Süddeutsche Mühlenvereinigung beschloß mit Rücksicht auf die zurzeit herrschende milde Preistreiberi im Verkehr mit Brotgetreide den Einkauf von Getreide bis auf weiteres einzustellen. Dazu erklärt die M. V., daß die Forderungen für bayerischen Weizen auf der Münchener Sonnabend-Produktenbörse teilweise über 600 Mark für 100 Kilogramm hinausgingen. Sie haben somit seit vier Wochen eine Steigerung um mehr als 200 Mark erfahren. Nach dem Münchener Produktenbörsen-Bericht haben die Preise für bayerische Ware eine solche Höhe erreicht, daß norddeutsches Getreide trotz der hohen Fracht wesentlich billiger gekauft werden kann.

Devisen-Kurse.

Berlin, 25. Oktober.			
Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.			
	24. Okt.	22. Okt.	
Amsterdam	100 fl.	5894.10	5644.95
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	1223.75	1196.80
Kristiania	100 Kr.	2247.75	2147.85
Kopenhagen	100 Kr.	3271.70	3186.80
Stockholm	100 Kr.	3971.—	3876.10
Helsingfors	100 finn. Mk.	264.70	261.70
Rom	100 Lire	669.30	659.30
London	1 £	676.30	659.30
New York	1 Doll.	170.82	167.33
Paris	100 Frs.	1233.75	1199.75
Zürich	100 Frs.	3166.80	3061.90
Madrid	100 Pesetas	2247.75	2182.80
Wien	100 K.	7.88	8.73
Budapest	100 K.	19.93	20.47
Prag	100 K.	174.80	174.80

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angekommen am 24. Oktober.

Dampfer Segler Schiffname Kapitän Herkunftsort Fahrzeit Tage Stb.

Angekommen am 23. Oktober 1921.

S.	Peto	Hinz	Safer	10
S.	Wiartha	Wedei	Bynadt	7

Angekommen am 24. Oktober 1921.

D.	Wefteg	Gebelow	Fredrichshaven	7
S.	Maria	Beeremann	Gutberg	8
D.	Helgoland	Baummann	Kopenhagen	1

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Weber; für Freitakt Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Literatur Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Urbin
der gute Schuppstein

Was ist **Urbin?**
Ganz ohne Frage,
Die beste Terpeninölware

Schutzmarke „Urbin“ überall zu beziehen!
Terpeninöl-Ware in Dosen mit Banderole.
H. W. L. & Co., Chemnitz

Henko
Henkel's Wasch-
and
Bleich-Soda

unverwundlich für Wäsche und Hausarbeit
Hersteller: Henkel & Co. Düsseldorf

100 Mk. Belohnung! (8172)
erhalten Sie, wenn Sie beweisen, daß Ihre Tätowierungen, Narben, Leberflecke und Pflauren nach Anwendung ohne Schneiden und Stechen durch das **Universalmittel „Loko“** nicht verschwinden sind. Kleinverkauf: Friseur Heiner Wiese, Regienstr. 4. Ausschneiden! Anzeige erscheint nicht oft.

Münchener
LODEN
wasserdicht imprägniert. (8182)

Herren-Mäntel | 350.—
Damen-Mäntel |
Pelerinen, Anzüge, Kostüme, Röcke,
Kamelhaar loden,
Manchester-Hosen, -Anzüge.
Sehr preiswert!!!!

Gassmann
SPORTHAUS
Mühlenstraße 34.

Gegen Wanzen, Flöh' u. Läuse

Nimmt **Riesolda** nur der Weise:
Augenblicklich wird gesund
Tier u. Mensch u. Kat' u. Hund.

In 1/2 Stunde vernichten Sie unter **Garantie Kopf-, Filz- und Kleider-Läuse**
sow. Brut (Niss.) Wanzen, Flöhe
b. Mensch. u. Tier „Riesolda“,
g. gesch. Mitt. Wund. unsch. Verk.
nur: Heiner Wiese, Regienstr. 4.
Preis 5 und 7.50 Mk. (8171)

Beitragsmarken
für Vereine, Gewerkschaften

fertigt an und liefert prompt, preiswert
und in jeder Ausführung

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Lübecker Sinfonie- u. Theater-Orchester

Mittwoch, den 26. Oktober
abends 7 1/2 Uhr:

5. Volkstümliches Konzert
im Gewerkschaftshaus.

Leitung: Herr Konzertmeister Millies.
Eintritt 3.50 Mk., einschl. Steuer. (8167)
Vorverkauf in den bekannten Verkaufsstellen.

Musterschau von Lübecks Industrie und Handwerk
in der Nordischen Woche. (8151)
am Freitag, 28. Okt., nachm. 5 Uhr, im
Restaur. Bauhütte, Fischstr. 9. — Beschlußfassung gem.
§ 4 der Ausstellungsbedingungen. D. leit. Aussch. (8181)

Stenographen-Verein Stolze-Schrey
zu Lübeck (gegr. 1858) e. V.

Theoretisch-praktischer Anfängerkursus
beginnt Freitag, d. 1. Nov., abends 6 1/2 Uhr.
Kursushonorar 50 Mk.; Anmeldungen bis spätestens
2. Novbr. beim Vors. oder bei Behlendorf, Huxstr. 69,
Weiland Nachf., Königstr. 72 od. Böllger, Hinf. St. Petri 5.
(8181)
Übungen der Vereinsmitglieder! abends von 8—9 1/2 Uhr.
Dienstags: St. Lorenz-Mittelschule, Mittwochs: evtl.
Vereinshaus, Fischstraße 17, Mittwochs u. Donnerstags:
Marienschule, Lg. Lohberg 6. — Anmeld. i. d. Übungen
oder beim Vorsitzenden Ernst Brauns, Klosterstraße 18.

Für Flechten-Kranke!

Knoten-, Ring-, Eiter- und Bartflechte, auch ver-
altete Leiden, heile ich unter Garantie mit meinem
vielbewährten **Flechtenhehl** in 8 bis 12 Tagen.
Zahlreiche Botschreiben. Eine Flasche genügt. Preis 25 Mk.
F. Müller, Heilkundiger, Bremen. (8156)
Große Krummenstr. 23. Sprechst. : 9—10 u. 3—4 Uhr.

Matratzenhaus Reinecke
Beckergrube 22, I. (8157)
Billigste Bezugsquelle in la. verz. Stadtmatratzen. Aufleger
in Betteln und Dreil. Betteln ohne Kaufzwang. erbeten.

Sozialdemokratischer
Verein Lübed. (8189)
Vorstand und
Wahlkomitee
heute Dienstag
abends 7 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus.

Sozialdemokrat. Verein
1. Distrikt.
Versammlung
Donnerstag, den 27. Oktober
abends 7 1/2 Uhr
im Holsteinschen
Hol. Marlesgr. 22.
Erscheinen Pflicht.
Der Distriktsführer.
(8180) (Fr. Möller).

Konsumverein
für Lübeck u. Umgeb.
e. G. m. b. H.

Trotz steigender Leu-
rung sind wir in der
Sache, (8185)
Zwiebad und
Keis
noch zu alten Preisen
abgeben zu können, je-
doch nur solange der
Vorrat reicht.
Der Vorstand.

Kette **Schweine**
gesunde werden durch Beigabe von
Albit I

in kurzer Zeit erzielt.
Seit 15 Jahren bestens
bewährt.
Es erhöht die Freilust, ver-
hindert Knochenweiche, ver-
treibt Blüher und regelt
die Verdauung. Für Ferkel
sowie für sämtliche Haus-
tiere von größter Wichtigkeit.
Fühner, welche Albit I zum
Weichfutter erhalten, legen
früh Eier!
Bei Knochenweiche aller
Haustiere hilft Albit I
sicher. — Zu haben in
Lübeck bei G. F. Alm,
Drogerie, Solientstr.,
Schwartau bei H. Hildebrand
Schlutup bei A. Thielbar,
Drogerie, (8141)
Carl Fründ,
Schönberg bei M. G. Sad,
Drogerie,
Travemünde u. Niendorf (O.)
bei G. M. Kröger.

H. Schultz,
Uhrmacher,
Johannis-
straße 20.
Uhren und Goldwaren.
(8146)

Keine große Reklame!!!!
aber die höchsten Tages-
preise für Metalle, Eisen,
Zeitungen, Lumpen usw.
zahl! (8147)
Fr. Erdmann, Glockengießer-
straße 51.

U.S. LINES

Regelmäßige Abfahrten
BREMEN
NEWYORK

Vorzügliche Reisegelegenheit
mit den größten zwischen Deutschland
und Amerika verkehrenden erstklassigen
und schnellen Doppelschrauben-Salondampfern
„George Washington“, „Amerigo“ u. a.
ab deutschem Hafen
BREMEN-CANADA

Auskunft und Fahrpläne durch
GENERALVERTRETUNG
NORDDEUTSCHER
LLOYD BREMEN
und seine Vertretungen

in Lübeck: (8140)
C. F. Schütt & Co., Untertrove 12/13.

Luisenlust Morgen **Tanz**
Mittwoch: (8144)
Damen Eintritt frei.

Koloosseum
Ball

Jeden Mittwoch
und Sonnabend
Kaffeeöffn. 6 1/2 Uhr.
Heinrich Ohde.
(8142)

D. T. V. (8179)
Festkomitee-
Sitzung
am Mittwoch, dem 26. Oktober
abends 7 1/2 Uhr
im Bureau.

Deutscher
Transportarb.-Verb.
Ortsverwaltung Lübeck.

Berammlung
sämtlicher in den
Stauereibetrieben
beschäftigt. Vorleute
am Mittwoch, dem 26. Oktober
abends 7 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus.
Wichtige Tagesordnung.
Das Erscheinen sämtlicher
Vorleute ist dringend not-
wendig.
(8184) Die Ortsverwaltung.

Zentralverband
der Angestellten
(Ortsgruppe Lübeck).

General-
Versammlung
am Mittwoch, d. 26. Oktbr.,
abends 7 1/2 Uhr
in der Zentralthalle,
Dankwartstraße 20.
Tagesordnung u. a.: (8122)
Abrechnung vom 3. Quart.
Erhöhung des Ortsbeitrages.
Vortrag des Roll. Haut.
„Die wirtschaftliche Lage“

Konzerthaus
Lübeck.

Für die Winter-
saison sind meine
Säle und
Klubzimmer
noch einige Sonn-
u. Wochentage frei.
Heinz Cyriacks.
Tel. 408. (8148)

Verband der Gemeinde-
und Staatsarbeiter.
Filiale Lübeck.

Mitglieder-
Versammlung
am Mittwoch, dem 26. Oktober
abends 7 Uhr,
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 3. Quart.
2. Erhöhung des Ortsau-
schlages.
3. Lohnfrage.
4. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch oder Karte
ist vorzulegen, ohne dies
kein Zutritt.
(8178) Die Ortsverwaltung.

Hansa-Theater

Heute Dienstag:
7 1/2 Uhr abends
Der Vetter aus Dingsda.
Morgen Mittwoch
Zum 10 Male: (8155)
Ihre Hoheit - die Tänzerin

Stadttheater Lübeck.
Dienstag, 25. Okt. 6.30 Uhr.
Die Walfire. (8189)
11. Ab-Vorst. Buchf. C.
Mittwoch, 26. Okt. 7.30 Uhr
Potash und Perlmutter.
11. Ab-Vorst. Buchf. C.
Donnerstag, 27. Okt. 7.30 Uhr
Margarete (Kauf).
11. Ab-Vorst. Buchf. C.
Freitag, 28. Okt. 7 Uhr
Brand. Ein dramatisches
Gedicht von S. Jöns.
11. Ab-Vorst. Buchf. C.

sind meine **Stauunend billig** im Aus-
Leder-Sohlen schnitt.

Konkurrenzlos billig:
Gummi-Absätze * Gummi-Sohlen
erstklassige Marken.

REFORM

Leder- und Bedarfsartikel-Handlung
Stepperei
Nur **50 Huxstr. 50**
Inhaber: **Robert Jentzen.** (8188a)

== Sie können auf jede Reparaturstepperei warten. ==

Freistaat Lübeck.

Dienstag, 25. Oktober.

Wegen Lohnunterschieden ist in der ganzen Fischindustrie von Lübeck und Schlutup die Arbeitsniederlegung erfolgt. Kein Arbeiter und keine Arbeiterin darf Beschäftigung in der Fischindustrie in Lübeck und Schlutup annehmen. Arbeiter und Arbeiterinnen übt Solidarität.

Aus der Bürgerschaft.

Die Ruheklasse, Wohnungsmangelverordnung und Kartoffelversorgung bildeten in der gestrigen Bürgerschaftssitzung den Triangel, an den sich einige Vertreter des Lübschen Parlaments klammerten. Bei diesem Festhalten wurde man wieder einmal gemahnt, wie unsäglich kleinlich sich so mancher große Geist zu geben weiß. Dreizehn Jahre ist es her, seitdem das Ruheklassengesetz für die staatlichen Arbeiter im Bürgerschaftssaale spukt und noch 13 Jahre hätte es dauern können, wenn die Volksgewaltigen noch damals und der allmächtige Senat von ehemals nicht durch das eherner Muf der Zeit aufgeschreckt worden wären. Wenn heute dieses Gesetz verabschiedet werden könnte, dann haben die Staatsarbeiter ausschließlich dem Drängen der sozialdemokratischen Bürgerschaftsmitglieder zu verdanken. Denn als deren Zahl im Bürgerschaftssaal noch klein war, da hülste bei der Erkundigung unserer Vertreter nach dem Fortgang des Gesetzes über die über soziale Forderungen erhabenen Gesichter der Vaterstädtischen Auslese nur ein verärgertes Lächeln, das bedeutete, daß man sich nach dem Verlangen der Linken nicht zu richten brauche. Noch befriedigt die Vorlage nicht alle Wünsche; aber so viel sei gesagt: Ohne eine sozialdemokratische Mehrheit wäre ein Torso des jetzt beschlossenen Gesetzes entstanden. Besonderen Mut besaßen die Demokraten Baurat Neufeld, der einmal das Gesetz gar nicht so übel fand — die Wahlen stehen ja vor der Tür — dann aber recht plump den Arbeitern vorwarf, daß sie sich quasi besser stellten als mittlere Beamte. Es sind alte Mägen, diese Milchmädchenrechnungen, und sie wurden auch von unseren Fraktionsrednern Wolt, Haut und Anton Puls gebührend gewürdigt. Der demokratische Sprecher glitt bis auf Kleinigkeiten vom ersten Angelhaken ab und wurde selbst von seinen Freunden beim Niedergleiten nicht festgehalten. Das Gesetz tritt endlich am 1. Januar 1922 in Kraft und bis dahin wird auch der Bürgerauschuss noch einen Weg gefunden haben, um die beanstandeten Mängel zu beseitigen.

Ein besonderes Branourkülchen leistete sich der Ritter Sonder Furcht und Tadel, Herr Dr. Wittern. Er ist als scharfer Gegner der Wohnungswirtschaft bekannt. Er ist aber auch ein scharfsinniger Jurist, und findet als solcher immer heraus, daß die Bürgerschaft sich aufs Gesehemachen schlecht versteht. Das kann niemand besser als Herr Dr. Wittern selbst. Er hängt sich, oder besser, das Gesetz über die Wohnungsmangelverordnung am zweiten Nagel auf und befehrt die Bürgerschaft wie Senat, daß letzterer mit der Ablehnung einer von der Bürgerschaft beschlossenen Abänderung das ganze Gesetz aufgegeben habe. Und so dozieren Herr Dr. Wittern aus steiler Höhe der Bürgerschaft das Gesetz, wie seine ein Mann starke Partei es wünschte. Die juristische Belehrung war sehr nett, sehr ausführlich und vor allem sehr merkwürdig. Denn das Gesetz stand gar nicht zur Beratung, sondern nur die Frage, ob Senat und Bürgerschaft die

Satzungen gemeinnütziger Baugefellschaften zu genehmigen hätten. Die Bürgerschaft wollte ein Wort mitsprechen, doch stehen dieser Forderung gesetzliche Hindernisse im Wege. Damit fand sich die Bürgerschaft ab. Nicht aber Herr Dr. Wittern. Wir pflichten ihm vollkommen bei, daß das Heim der Familie heilig und eine Stätte der Kultur ist — für die mit großem Gelde, für Ungezähle ist die heilige Stätte aber nur ein elendes Loch und viele besitzen nicht einmal einen derartigen Schlupfwinkel, wo sie ihre müden Glieder ausstrecken können. Und solange diese Zustände bestehen, muß alle Heiligkeit zurücktreten, denn eine bescheidene Unterkunft für alle schaffenden Erdenbürger ist vorläufig seltener als ein Himmel für wenige. Herr Dr. Wittern, dessen schätzenswerte Kraft auf dem Milchmädchenwahlzettel festgesetzt wird, machte am Montag in Mittelstandspolitik — dem Mittelstand jener Gattung, der sich noch eine Sommerwohnung gestattet kann. Er sah auch die Arie der Sozialdemokraten unter den Klapphaken aus Angst vor den kommenden Wahlen schon schlöffeln, aber nur deshalb, weil ihm die Volkspartei die eigenen durchdrücken half. Doch davon sprechen wir noch. Herr Dr. Wittern war im formellen Recht, als er für seine zukünftigen Wähler sprach und — wie der gebührende Wortführer betonte — den Beschluß von 79 Bürgerschaftsmitgliedern ignorierte. Der scharfsinnige Rechtsgelehrte zog sich aber wie ein vorlauter Sektierer zurück, als ihm Genosse Haut die bestimmte Frage stellte, wo denn im speziellen Falle die Interessen des Staates verletzt seien. Da rief auch der zweite Hater.

Am dritten hingen die Kartoffelwucherer. Herr Aug. Pape wollte die Bauern nicht einmal haumeln lassen, er wollte statt ihnen das Reich aufknüpfen, während Herr Kent die Lübschen Bauern schuldlos an die Seite stellte und Herr Dr. Wittern einen Galgen für die Wucherer und Schieber errichten wollte. Wir haben uns dieser Salunken wegen schon die Finger wund geschrieben. Aber die Herren der Einheitsfronten gegen die Sozialdemokratie haben ja nur dann mitfühlende Worte, wenn die Not zum Himmel schreit und Tausende armer Menschen und Kinder verhungern. Und auch dann nur ist das Wehklagen der Befürworter hemmungsloser Wirtschaft bloß problematischer Natur. Denn sie sind die eigentlichen Schuldigen an dem ganzen Jammer. Gewissenlose Händler, Säufer, Wucherer, Narzisse, die das alles verschulden, sind ihre Bundesgenossen. Sie saugen das Volk bis ins Mark hinein aus und fordern dann vom Staat noch einen besonderen Tribut, indem sie ihm den Rest ihres nicht vermurkerten und nicht verschobenen Gutes nochmals zu Schandpreisen anbieten. Und da fragt noch in höchster Not der Bürgerbündler Pape, woher das Geld nehmen, um den Verhungerten und dem Elend Entgegengehenden mit einem Pappentisch unter die Arme zu greifen? Nein, Herr Pape, das Reich ist nicht allein schuldig. Schuldig ist die ganze antisozialistische Gesellschaft, die alles bei den Wahlen verspricht und nachher gar nichts hält, schuldig ist die ganze besitzende und reaktionäre Klasse, die ihre Augen gen Himmel blasphemisch verdreht und in der Hauptsache nur den Mammon anbetet. Dieser ganzen volksfeindlichen Gesellschaft unter deutschnationalistischer und völkerverfeindlicher Führung muß endgültig und reiflos am 13. November auch in Lübeck gezeigt werden, daß sie mit falschen Karten spielt und daß Falchspieler zur Tür hinausgeworfen werden.

Liquidation von Privateigentum in Polen. Durch polnische Verordnung vom 14. Mai 1921, betr. die Ausführung des Gesetzes vom 15. Juli 1920 über die Liquidation von Privateigentum in Ausführung des Friedensvertrages von Versailles (vergl. Ar-

tikel 92 und 297), ist als Geschäftsbereich der polnischen Liquidationskommission in Polen das ehemals preussische Teilgebiet und als Geschäftsbereich der polnischen Liquidationskommission in Warschau das gesamte übrige Gebiet der Republik Polen bestimmt worden. Wenn von dem Liquidationsrecht mit Bezug auf ein bestimmtes Vermögen, Recht oder Interesse Gebrauch gemacht wird, wird dies die Liquidationskommission in Warschau durch den polnischen Staatsanzeiger (Monitor Polski), die Liquidationskommission in Polen dagegen durch das Amtsblatt des polnischen Ministeriums für das ehemals preussische Teilgebiet (Dziennik Urzędowy Ministerstwa Szley Dzielniczy Pruskiej) bekannt machen. Der Eigentümer des liquidierten Gegenstandes muß dann binnen 20 Tagen (wenn er sich aber außerhalb Polens aufhält, binnen 6 Wochen) nach der Bekanntmachung der für ihn zuständigen Liquidationskommission seinen Wohnort anzeigen. Wenn für ihn die Liquidationskommission in Warschau zuständig ist, er aber seinen Wohnort außerhalb Warschaws hat, so hat er die Liquidationskommission in Warschau binnen der gleichen Fristen außer seinem Wohnort auch eine in Warschau wohnhafte Person anzugeben, welche zum Empfang der für ihn bestimmten Schriftstücke ermächtigt ist. Ist für ihn die Liquidationskommission in Polen zuständig, während er außerhalb des ehemals preussischen Teilgebietes seinen Wohnort hat, so muß er eine in ehemals preussischen Teilgebiet wohnhafte Person der Liquidationskommission in Polen bezeichnen. Der „Schutzverein für deutsches Vermögen in Polen“ in Berlin, Friedrichstr. 79 a, ist in der Lage, seinen Mitgliedern geeignete Personen in Polen und Warschau zu bezeichnen. Es wird hierbei bemerkt, daß der Liquidation durch den polnischen Staat nach dem Friedensvertrage das Eigentum solcher Personen nicht unterliegt, welche Opanten im Sinne des Artikels 91 des Friedensvertrages sind, und — im Rahmen des deutsch-polnischen Beamtensabkommens vom 9. November 1919 — das Eigentum der durch Artikel 5 dieses Abkommens geschützten Personen.

Der Herrenspreizalen im Gewerkschaftshaus hat schon viele organisierte Arbeiter an sich gezogen und es wäre sehr zu wünschen, daß die Fernstehenden ihren Weg auch einmal dahin zu finden wissen. Der Salon ist modern eingerichtet, groß und luftig, und das Personal hat den Vorzug, unabhängig von den Arbeitgebern für den Verband der Freizeutgehilfen und Freizeuten zu arbeiten. Es gibt noch einen großen Teil unorganisierter Angestellter im Freizeutgewerbe, und Pflicht der organisierten Arbeiter ist es, sich nur dort bedienen zu lassen, wo Gehilfe und Gehilfin im Verbands sind. Laßt euch die Bücher zeigen. Für die Arbeitnehmer des Freizeutgewerbes wird jegliche Auskunft im Freizeutalen des Gewerkschaftshauses erteilt. Demnach findet eine große Versammlung sämtlicher Arbeitnehmer des Freizeutgewerbes, auch der Lehrlinge, statt. Wir bitten darauf zu achten. Einladungen ergehen noch. Helft alle mit an dem festen Bau des Arbeitnehmerverbandes für das Freizeut- und Haargewerbe. Arbeitnehmerverband des Freizeut- und Haargewerbes. F. M.: S. Koop.

Die Quäterspeisungen. Das Korrespondenzblatt des deutschen Zentralauschusses für die Auslandshilfe gibt einen Bericht über die Quäterspeisung: Danach fand die erste Speisung durch die religiöse Gesellschaft der Freunde von Amerika (Quäker) am 26. Februar 1920 in Berlin statt. Anfang März 1920 wurden bereits in 5 Großstädten 21 000 Portionen ausgeteilt. Bis zu den Sommerferien im Jahre 1920 erhöhte sich die Zahl der gespeisten Kinder und Mütter auf 630 000 in über 100 Hauptpeisorten. Nach den Ferien nahm die Zahl der Gespeisten vorübergehend ab und erreichte gegen Jahresende wieder den gleichen Stand. Auf Grund des Erfolges der großen Hoover-Sammlung am Ende des vorigen Jahres war es möglich, die Speisungsaktion der Quäker im Laufe des letzten Jahres ganz bedeutend zu erweitern. Die Auswahl der Orte, in denen die Speisung neu eingerichtet wurde, ist durch die Quäker in enger Zusammenarbeit mit dem Deutschen Zentralauschuss für die Auslandshilfe, G. W., getroffen worden. Der zahlenmäßige Höhepunkt der Aktion liegt im Juni d. J. Zu dieser Zeit wurde in 1640 Speisungszentren gehalten. Da von einem Speisungszentrum aus in vielen Fällen mehrere Orte versorgt werden, ist die Zahl der Orte, in denen tatsächlich gespeist worden ist, bedeutend größer. Die Zahl der

Jungfer Winchen und die Junggesellen.

Roman von Alice Berend.

30. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Er sagte nur wahrheitsgemäß, daß er damals als junger Hilfslehrer nicht vornehm genug gewesen, um Gesellschaften geben zu können. Und ohne Eltern lud man junge Damen damals so wenig in eine Junggesellenstube wie heute.

Herr Anton aber hatte auch darauf noch eine Erwiderung. Er behauptete, daß es Fälle im Leben gäbe, wo man den Angehörigen hübscher Damen nicht zumuten wollte, sich durch einen Besuch zu überanstrengen. Es gäbe doch auch leidende Schwiegereltern, blinde, taube oder etwa gelähmte.

Dabei lächelte er unangenehm starr.

Der Schulmeister erwiderte nichts. Er bedauerte Anton um dieses plötzlichen Frühlingsausbruchs des Zynismus. Wer in der Jugend nicht grünt, schlägt im Alter aus.

Er verließ die Werkstatt der surrenden Zeit früher als jemals. Frau Bärbele wunderte sich. Über den wahren Grund erfuhr sie nicht. Man hatte es nicht mehr weit bis zur silbernen Hochzeit, aber so lange war man doch noch nicht verheiratet, daß man dergleichen miteinander besprach.

An einem Nachmittag kletterte der Schulmeister gar nicht in das Zeitgehäuse hinauf. Er hatte Schulhefte zu korrigieren und Obstbäume zu beschneiden.

Anton hatte nicht Zeit, ihn zu vermissen. Beide Brüder verließen heute wieder gleichzeitig die Stätte ihres Fleisches. Es war ein Plan gefaßt, dessen Ausführung Vorbereitung benötigte.

Auf beiden Gesichtern lag tiefer Ernst und große Nachdenklichkeit.

Die Grübe der Begegnenden wurden gedankenabwesend erwidert, sorgenvoll.

Man glaubte, daß ihnen etwas Unangenehmes passiert. Andere hielten ihre Miene für feierlich. Man hielt es nicht für ausgeschlossen, daß die ewige Uhr erlunden worden.

keit des Blaunders erschwerte. Wie beispielsweise Spargel und Krebs. Die Anton beide nicht auf dem Menu wünschte, weil man sie nicht verzehren konnte, ohne aufs Unappetitliche aus den Mundwinkeln zu tropfen. Man hatte zu berücksichtigen, daß eine junge Dame zur Tafelrunde gehören würde.

Diese Worte veranlaßten Saphir, die Reihenfolge seines Menümenüs heraufzulegen.

Er war gerührt, mit welcher Aufmerksamkeit der treue Bruder folgte. Der sonst so wenig eingenommen von mundtätigen Geräuschen.

Anton nickte nach jeder genannten Nummer. Er meinte, nach dem Kaffee, wenn die größten Tagesstunden abzuenden begannen, sollte Saphir zur Musik greifen, möglichst piano.

Man kann die andern nicht mit allem langweilen, was man denkt.

Anton behielt darum für sich, daß er indessen im Nebenzimmer Saphir und seine Zuhörer angenehm beschäftigt wissend, ein entscheidendes Wort mit jemandem zu wechseln wünschte.

Aber Musik allein macht noch kein Festessen.

Zu Haus angelangt, rief man Jungfer Winchens Fachflugheit zu Hilfe.

Winchen erspürte. Sie trug jetzt stets ein großes, weites Tuch, schwarz mit Rosen durchwirrt, das nur ihren großen niedrigen Kopf, fauber flüstert, leiser ließ. Durchtreibende, den Sehenswürdigkeiten dieses Saals nachspürend, hielten sie für eine Vikiputarerin.

Anton und Saphir waren der Ansicht, daß sich Jungfer Winchen plötzlich ihres Bundes bemußt geworden war. Sie hatten Mitleid mit ihr. In dieser Malenpracht. Die beiden diesmal reichhaltiger erschienen als je. Sie verloren daher kein Wort über der Jungfer Vermummung.

Winchen nahm die Mitteilung geplanter Geselligkeit schweigend auf. Erst schien es, als hätte sie etwas entgegen zu wollen. Vielleicht Bemerkung über nie Dagewesenes. Aber dann hatte ihr wohl eigene Erfahrung zugeflüstert, daß sich manchmal manches ereignete, das nicht zum Hergebrachten gehöre.

Sie schlug Frühlingsuppe vor. Dann Fische und Braten. Dazu auch Leipziger Äpfel.

So war es auch. Es war ein Hochzeitsmenue. Vertieft und immer wieder bessernd verändert, beim Herdfeuer ungezählter Tage. Als man es noch für möglich gehalten, daß auch in schwarzen Schornsteinfegern Treu und Redlichkeit wohnen könne.

Tränen rieselten plötzlich aus Jungfer Winchens Augenpunkten. Als sie, innehaltend in ihrer Ekstase, von Herrn Anton gelobt wurde. Und somit in die Wirklichkeit zurückfiel.

Anton dauerte dies arme, mißgestaltete Wesen. Wie zartfühlend sie erraten, zu welcher einschneidenden Lebensveränderung sie das Maß richten sollte. Würde sie bei dem einzelnen Saphir bleiben wollen? Oder würde es sie in den sanften Dienst der lieblichen, jungen Frau ziehen? Solche Gedanken mochten die Arme bewegen. Nun, er würde sie Saphir lassen. Etwas mußte dem Bruder übrig bleiben von dem gewohnten Heim.

Saphir war alle seine Rührung in die Kehle gequollen. Beim Anblick der tropfenden Augen. Er hatte immer gewünscht, daß Feingefühl in dieser armen Unholdin verborgen. So wußte sie also, daß sie, die Glücklose, dem Glück selber das Festmahl locken sollte? Unwissend, was nun aus ihr selber werden sollte. Gewiß würde sie bereit sein, junge Hausfrauenunserfahrenheit zu stützen. Aber Anton durfte nicht ihrer beraubt werden. Sollte der Gute ganz aus dem gewohnten Geleis gemorfen werden?

Jungfer Winchen trocknete ihre Augen so rasch, als es gelingen wollte.

Sie murmelte etwas. Ähnlich wie, daß die Herren froh sein könnten, nicht zu wissen, wie das Leben wirklich aussähe. Das Leben derer, die eine Dummheit begangen. Die rascher getan als gedacht.

Dann eilte sie hinaus zu kommen.

Anton und Saphir lächelten. Mit der Nachsicht des Glücklichen.

Sie erkannten die rührende Ungeschicklichkeit, den drohenden Egoismus der auf seine Art verachtete, sich den gewohnten Kostplatz zu erhalten.

Sie lächelten. Schmelzend und wissend.

Nicht bedenkend, daß all unser Wissen Stückwerk . . .

XXII.

Die Einladungen waren ergangen. Für den folgenden Sonntag. Man hätte sie mündlich aussprechen können. Denn der Himmel hatte seine Volkbede wieder abgeschüttelt und alle Nachbarn trafen sich wiederholt auf besonnener Straße. Die Brüder hatten jedoch schriftliche Mitteilung für würdiger befunden.

Hlensburg. Kein Eisenbahnerstreik. Nach einem Bericht der nach Berlin entsandten Kommission sollen die Arbeiter ab 1. Januar 1921 einen Abwertungszuschuß von 40 Pfg. die Stunde nachgezahlt erhalten, der etwa 700-800 Mark pro Mann ausmacht. Diese Zahlung soll umgehend erfolgen und ein diesbezüglicher Erlaß ebenfalls solche verordnen. Betreffend die Grenzzulage ist verprochen, diese baldmöglichst zusammen mit den Vertretern der Eisenbahner anderer Grenzen zu beraten und wohlwollend zu behandeln, es sei nicht möglich, diese nur für Hlensburg zu regeln.

Selbe. Durch Starkstrom getötet wurde der bei den Bergmann-Elektrizitätswerken in Heide beschäftigte Monteur Benßen, der auf dem Lande Lampen montierte und mit einem Fingerring in die Fassung faßte, die an die Starkstromleitung angeschlossen war. — Brandstifter und Einbrecher. Eine gewaltige Feuersbrunst zerstörte am Freitagabend den umfangreichen Matthesen'schen Hof in Schüll. Leider fielen dem Feuer sechs wertvolle Stuten und elf Kinder, die eben vorher aufgestellt waren, zum Opfer, wie auch die wertvollen Entvorräte verbrannten. Als der Hof in Flammen stand, stützten Wanditen

dem Vater des Besitzers Matthesen in Wessellburenkoog einen Besuch ab, erbrachen alle Behälter und machten wertvolle Beute, darunter 1700 Mk. in barem Gelde.

Schwerin. Mandatsniederlegung. Der Landtagsabg. Karl Görs (Soz.), Oberortspolizeier in Jarrentin, hat sein Landtagsmandat niedergelegt. Sein Nachfolger im Landtag wird der bisherige Vorsitzende der Kreisbehörde in Güstrow Wilhelm Höcker. — Zahl keine Steuern! In einer Wollversteigerung der mecklenburgischen Landwirtschaftskammer wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der die Landwirtschaft Einspruch erhebt gegen alle Steuermaßnahmen, die die Produktion beeinträchtigen. — Die Agrarier haben sich noch stets von den Steuern gedrückt. Sie sind nur aufs Nehmen eingestellt. Arbeiten und Steuerzahlen überlassen sie den andern. — Der Butterpreis wurde von der Notierungskommission für Mecklenburg-Schwerin auf 40 Mark pro Pfund festgesetzt und zwar mit folgender unhalbbare Begründung: „Infolge der an auswärtigen deutschen Märkten gebotenen hohen Butterpreise und eines Auslandspreises von 60-65 Mk. je Pfund mußte auch hier der Preis auf 40 Mk. festgesetzt werden.“

Gewerkschaften.

Zweite Reichskonferenz der Betriebs- und Beamtenräte des Deutschen Eisenbahnerverbandes. Am 16. und 17. Oktober tagte in Berlin eine von 177 Vertretern besuchte Reichskonferenz der im Deutschen Eisenbahnerverband organisierten Betriebs- und Beamtenräte. Die auf Beschluß der letzten Generalversammlung des Deutschen Eisenbahnerverbandes eingeleitete Reichsräteverwaltung erstattete einen eingehenden Tätigkeitsbericht. Der Verband stellt allein 20000 Betriebsräte für den Eisenbahnbetrieb. Im Hauptbetriebsrat am Sitz des Reichsverkehrsministeriums hat er 19 und in den Bezirksbetriebsräten am Sitz der Eisenbahndirektionen 331 Vertreter. Den Hauptfachlichungsausschuß besetzt er mit 12 Mitgliedern und die Bezirksfachlichungsausschüsse mit 225. Beamtenratsmitglieder stellt der Verband 3 zum Hauptbeamtenrat, 70 zu den Bezirksbeamtenräten und 4000 als örtliche Beamtenräte. Die angeführten Zahlen legen Zeugnis ab von der Bedeutung des Deutschen Eisenbahnerverbandes innerhalb der zur Mitwirkung des Personals im Reichseisenbahnbetrieb gewählten Körperschaften. Die Reichsräteverwaltung konnte aber auch über die Ausbildung der Betriebs- und Beamtenräte und über ihre für das Personal ausgetübte Tätigkeit sehr viel Erfreuliches berichten. Außer dem Bericht wurden Referate erstattet über die nächsten Aufgaben der Betriebs- und Beamtenräte und ihre Stellung zu den Gewerkschaften, über das Schlichtungswesen, die Goslarer Richtlinien und den Reichslohnvertrag. Zu letzterem Punkte ist hervorzuheben, daß kürzlich in Goslar eine vom Reichsverkehrsministerium einberufene Besprechung der Vertreter der Eisenbahndirektionen stattfand die dem zwischen Reichsverkehrsministerium und Eisenbahnergewerkschaften abgeschlossenen Vertrag eine Auslegung gab, die lebhaften Widerspruch bei den Eisenbahnern hervorgerufen hat und Anlaß zu verschiedenen Streikbewegungen in der letzten Zeit, besonders auch in Halle, gab.

Zur Annahme gelangte eine Reihe Entschließungen. In der einen wird die Anwendung des Betriebsrätegesetzes für das gesamte Personal der Reichsbahnen gefordert. Zur Erläuterung sei hinzugefügt, daß zurzeit die Betriebs- und Beamtenräte bei der Reichsbahn auf Grund von Verordnungen gebildet wurden, die weniger Rechte einräumen als das Gesetz. Eine weitere Entschließung wendet sich gegen den Reichstag vorgelegten Entwurf einer Schlichtungsordnung. Sie sieht in den Bestimmungen des Entwurfes eine Gefährdung und Beeinträchtigung des Koalitionsrechts. — Ferner wendet sich eine Entschließung gegen die in Goslar erfolgte Auslegung des Tarifvertrages und wendet dem Verkehrsminister vor, daß er, gestützt auf das Goslarer Protokoll, einseitige Entscheidungen über die aus dem Tarifvertrag entstehenden Streitigkeiten fälle. Die Bestrebungen, die Reichsbahnen in den Besitz der Privatindustrie überzuführen, veranlassen die Konferenz, die Reichsregierung zu ersuchen, mit rücksichtsloser Entschlossenheit alle Bestrebungen zurückzuweisen, die die Reichsbahnen in den Besitz der Privatindustrie überführen wollen.

Der Verlauf dieser zweiten Reichskonferenz zeigte unverkennbar die Spuren einer fortschreitenden Gesundung der Eisenbahnerbewegung. Bezeichnend ist, daß wiederholt sowohl von Referenten als auch Delegierten die Worte gesprochen wurden: Die Zeit der Phrasen ist vorüber; es muß praktische positive Gewerkschaftsarbeit geleistet werden. In der Tat hat die zweitägige Konferenz, wie die erstatteten Referate und gefaßten Beschlüsse beweisen, sehr praktische Gewerkschaftsarbeit geleistet. Die Auffassung, daß die Betriebs- und Beamtenräte nur im enghen Zusammenarbeiten mit den Gewerkschaften ihre Aufgabe erfüllen können, gewinnt immer mehr an Boden und fand auch in der Diskussion ungeteilte Zustimmung.

Der Streit in der Rügenwalder Wurstwarenfabrik von Georg Schmidtthals ist beendet und damit die Sperre über sämtliche Erzeugnisse der Firma aufgehoben. Die Firma hat ihren arbeitsgemäßen Standpunkt, nicht mit der Organisation der Arbeitnehmers zu verhandeln, aufgegeben und einen Tarifvertrag abgeschlossen.

Im Streit der feintextilen Industrie, von dem 143 Vorkellern- und Steingutfabriken mit über 30000 Personen betroffen sind, wird in diesen Tagen im sächsischen Arbeitsministerium in Dresden verhandelt werden.

Der Thüringer Metallarbeiterstreik ist auf Grund einer Vermittlung des Thüringer Wirtschaftsministeriums beendet worden. Es sind den Streikenden Stundenzuschläge von 40-75 Pfg. und vom 1. Dezember ab weitere in Höhe von 30-60 Pfg. zugesprochen worden.

Keine Zustimmung zu Kündigungen. In der letzten Zeit mehren sich die Fälle, daß Arbeiter- oder Angestelltenräte Bestimmungen zu Kündigungen von Arbeitern oder Angestellten den Arbeitgebern gegenüber abgeben. Die Arbeiter- und Angestelltenräte handeln hierbei in vollständiger Verkennung der gesetzlichen Bestimmungen. Nach dem § 84 ArbG. können gekündigte Arbeitnehmer gegen die erfolgte Kündigung Einspruch beim Arbeiter- oder Angestelltenrat erheben. Der Arbeiter- oder Angestelltenrat soll dann nach dem § 86 des ArbG. Verständigungsverhandlungen mit dem Arbeitgeber führen. Wenn eine Verständigung nicht gelingt, kann der Arbeiter- oder Angestelltenrat oder der betroffene Arbeitnehmer den Schlichtungsausschuß anrufen. Das Gesetz fordert nicht, daß sich der Arbeiter- oder Angestelltenrat dem Arbeitgeber gegenüber erklärt, ob er mit der Kündigung des Arbeitnehmers einverstanden ist, sondern weist der Arbeitnehmervertretung nur die Aufgabe zu, Verständigungsverhandlungen zu führen und dem Arbeitnehmer Kenntnis von dem Ergebnis zu geben. Sind die Verständigungsverhandlungen für den Arbeitnehmer erfolglos, kann er selbst oder durch den Arbeiter- oder Angestelltenrat den Schlichtungsausschuß anrufen. — Die Spruchpraxis des Schlichtungsausschusses geht nun dahin, Einsprüche von Arbeitnehmern gegen Kündigungen sofort zurückzuweisen, wenn der Arbeiter- oder Angestelltenrat keine Zustimmung zur Kündigung gegeben hat. Dem Arbeitnehmer ist dann jedes Verfolgen seiner Rechtsansprüche vor den gesetzlichen Instanzen unmöglich gemacht. Um die Arbeitnehmer vor diesem Schaden zu bewahren, darf kein Arbeiter- oder Angestelltenrat Zustimmungserklärungen zu Kündigungen abgeben. — Es ist auch gar nicht einzusehen, weshalb die Arbeitnehmervertretungen sich zu Zustimmungserklärungen gebrauchen lassen. Solange den Betriebsvertretungen kein Mitspracherecht bei Einstellungen und Entlassungen zugesprochen ist, haben sie auch keine Veranlassung dazu, eine ausdrückliche Zustimmung zu einer Kündigung zu geben.

Internationaler Zusammenschluß der Postangestellten. Nach den Eisenbahnern sind die Postangestellten die ersten öffentlichen Angestellten gewesen, die sich nach dem Weltkrieg international formierten und in Mailand ihre Postinternationale (P.I.) gegründet haben. Die P.I. wird in den nächsten Wochen eine Zeitschrift herausbringen, die sich die Aufgabe stellt, die organisatorischen und sozialen Bewegungen der Postangestellten, weiterhin der öffentlichen Angestellten im allgemeinen und schließlich aller Arbeitnehmer in ihren Gesichtskreis zu ziehen. Die erste Folge wird enthalten: Aus England: einen Aufsatz über die Postinternationale (J. W. Bowen), einen Aufsatz über denildensozialismus (J. W. Bowen, London). Aus der Schweiz: einen organisierten Bericht über die Bewegungen der Bundesangestellten (Leon Nicole, Lausanne). Aus Bulgarien: einen Aufsatz über den Generalstreik der Postangestellten (Metoff, Sofia). Aus Holland: einen Bericht über den freien Samstagnachmittag (Van Gijssel, 's Gravenhage). Aus Frankreich: einen Aufsatz über die erste Postinternationale (Provoit, Paris).

Lübecker Bürgerschaft.

b. Lübeck, 24. Oktober.

Beginn 6.20 Uhr.
Vor Eintritt in die Tagesordnung wird die Wahl einiger bürgerlicher Mitglieder in die Verwaltungsbehörde vorgenommen: in die Rechnungsbehörde wird J. Klein, in die Steuerbehörde S. Reimpell gewählt.

1. Antrag: Zuschüsse zur Durchführung der produktiven Arbeitsfürsorge. — Wird angenommen.

2. Antrag: Instandsetzung der Barackenwohnungen auf dem Burgfeld. — Wird angenommen.

3. Antrag: Erhaltung des Giebels am Hause Hügelstraße 118. — Wird angenommen.

4. Antrag: Nachbewilligung von Mitteln für den Ausbau der Hafenerbindungsbahn und des Konstablnhofes. — Wird angenommen.

5. Antrag: Ausbau der Fischmarktanlage auf der Wallhalbinsel. — Wird angenommen.

6. Antrag: Beschaffung von Mitteln für den Wohnungsbau. — Dr. von Broden (Df.) fragt, ob die Einkünfte von dem im Gesetz vorgesehenen Zuschlag zur Grundsteuer auch für private Bauten Verwendung finden können. — Baudirektor Bähler bestätigt dies. — Die Senatsvorlage wird angenommen.

7. Antrag: Bewilligung von Beihilfen an die Witwen Strud und Kreinath. — Wird angenommen.

8. Antrag: Bauische Veränderungen in den Häusern Hügelstraße 69 und Johannstraße 67 für die Unterbringung des 2. und 3. Jahrganges der Fortbildungsschule für Mädchen. — Wird angenommen.

9. Antrag: Mittel für den Verein Deutscher Besessene zur Besoldung seiner Angestellten. — Wird angenommen.

10. Antrag: Erlaß eines Ruhelohngesetzes für die Staats- und Gemeinbediensteten. — Bohrt (Soz.) befindet im allgemeinen im Namen der städtischen Arbeiter und seiner Fraktion die Zustimmung zu der Vorlage, macht aber verschiedene Einwendungen. Er fordert dem § 2 einen Zusatz anzufügen, der besagt, daß auf die zurzeit vorhandenen Ruhelohnen, Witwen- und Waisengeldempfänger das Gesetz sinngemäße Anwendung findet. In den letzten Jahren seien manche Arbeiter auf Gnadenlohn gestellt worden, die 20 und mehr Jahre in städtischen Diensten tätig waren, aber nicht mehr die Einkünfte der Ruhelohntafel abwarten könnten. Sie seien auszuschließen, wäre unärsch. Weiter fordert der Redner, die Zeit des Inkrafttretens des Gesetzes statt auf den 1. 4. 22 auf den 1. Januar 1922 festzusetzen. Es seien noch alte Leute im Dienste, die nur aus sozialen Gründen nicht entlassen wurden und jeden Tag darauf warteten, auf Ruhe-lohn gestellt zu werden. Viele konnten gar nicht ersetzt zu werden, so daß der Staat keine finanzielle Einbuße erleide. Zum Schluß richtet Bohrt das Ersuchen an den Senat, daß Arbeiter, die bei Inkrafttreten des Gesetzes eine anrechnungsfähige Dienstzeit von 5 Jahren hinter sich haben oder noch nicht bezugsberechtigt sind, vom Senat Ruhelohn gemährt werden kann. In solchen Fällen müsse die 10jährige Dienstzeit in Anrechnung gebracht werden. Es handle sich hier um Arbeiter, die während des Krieges einstellt wurden und die ihrer Arbeit kaum mehr nachkommen könnten. Die Unterhaltungssumme sei hier nicht so groß und den Leuten wäre geholfen. Die sozialdemokratische Fraktion sei auch eigentümlich davon berührt, daß man mit diesem Gesetz nicht auch ein solches für die Anstellungsfähigen habe. Das sei ebenfalls notwendig. — Senator Dr. Ker mehrten hat aufgeführte Erwägung der vorerwähnten Wünsche an. Beim Bescheidensgesetz sei die 10jährige Karenzzeit aufzuheben. Das Reich werde sofort den Feuerungsanschlag auch den Arbeitnehmern in dieser Höhe zu ermäßigen, wie die Regierung beabsichtigt. Das Reich fordert aber, daß die einzelnen Länder ihre Bescheidensgesetze dem des Reiches anpassen, also auch geringere Bestimmungen anpassen müssen. Dadurch würde für Lübeck manche Verschlechterung eintreten. Die Verbesserungsbewilligung lasse sich eher schneller realisieren. An die Anstellungsfähigen habe man auch gedacht, daß sie hier zu bedenken, daß diese mit der Zeit in den Beamtenetat einstellt werden. Die Beamtenkommission sei aber damit beschäftigt, ein Ruhelohngesetz auszuarbeiten, das sich an das vorliegende anlehne. — Neufeld (Dem.) erklärt, seine Fraktion habe dem Gesetz sympathisch gegenüber, weise aber darauf hin, daß Lübeck und Hamburg hier eine Ebene seien. Sie würden auch mit Hamburg die höchsten Sätze herabsetzen. Die Höhe der Pension sei natürlich nur dann gerechtfertigt, wenn der Staatsarbeiter einen niedrigeren Lohn erhalte als der Privatarbeiter. Der städtische Arbeiter habe sich besser als der Beamte. Der Gesamtarbeitsverdienst eines Arbeiters sei im Laufe seines Lebens höher als der eines mittleren Beamten. (Mithras) bei den Soz.) Das haben die Sozialdemokraten im Reich schon festgestellt. Mit der im ersten Jahre vorzulegenden Summe von 60000 Mark werde man nicht ausreichen. Die Anträge des Herrn Bohrt hält Redner nicht für gefährlich, sie seien sofort zu befürworten. Die Sache müsse aber erst in einem Ausschuß geprüft werden. — G. Reimpell (Df.) stimmt im Namen seiner Fraktion der Senatsvorlage zu, mündlich jedoch noch von neuen Anträgen Überweisung an einen Ausschuß. — Bohrt (Soz.) ist gegen die Überweisung an einen Ausschuß und wendet sich gegen einzelne Bestimmungen des Vorredners. Der Lohn der Staatsarbeiter sei bedeutend niedriger als in Privatbetrieben. Man dürfe nicht außer Betracht lassen, daß die städtischen Arbeiter 20-30 Jahre zu bedeutend niedrigerem Lohn gearbeitet hätten als in Privatbetrieben beschäftigt worden sei. Er set auch heute noch bedeutend niedriger. Nur mit Rücksicht auf die bevorstehende Ruhelohntafel habe man entschlossen. Bei der Berücksichtigung der noch nicht Bezugsberechtigten handle es sich nur um eine Überweisungsbewilligung. Das Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Januar 1922, sei notwendig im Interesse der alten Leute und belaste den Staat nicht so sehr. — A. P. (Soz.) unterbrecht die Tafelrede, daß die städtischen Arbeiter weniger verdienen als diejenigen in der Privatindustrie und daß sie sich immer auf die Ruhelohntafel verdrängen lassen, die 13 Jahre auf sich warten ließ. Herr Neufelds Besichtigungen, daß sich der Arbeiter einen besseren Lohn als der Beamte aneignen könne, seien unangebracht. Man wolle wohl einfach einführen, daß sich Arbeiter und Beamte gegenseitig jähren anschauen. — A. P. (Soz.) wünscht Verabschiedung des Gesetzes in der vorliegenden Fassung und Überweisung der Anträge an einen Ausschuß. — G. Reimpell (Df.) fordert nach der außerordentlich langen Vorarbeit erblühte Verabschiedung des Gesetzes. Ueber die

Anwendung des Gesetzes auf die bisherigen Ruhelohnpfänger könne man ja noch reden, doch nicht darüber, daß erst der 1. 4. 22 als Anwendungstag in Frage komme. Wenn Hamburg und Lübeck bessere Normen getroffen haben als andere Staaten, dann könnten mir nur stolz darauf sein. Die Forderung des Herrn Bauwats Neufeld, ein Bescheidensgesetz zu schaffen, bei dem Arbeiter und Arbeitergehälter Zuschüsse leisten, ist nicht diskutabel. Bei den Beamten kennt man derartige nicht und was diesen Recht ist, muß auch beim Arbeiter gelten. Weiter wendet sich Bohrt gegen eine Neufelds, aus der man entnehmen konnte, daß etwa 20000 Arbeiter, die jahrzehntlang dem Staate Dienste getan, von der Ruhelohntafel ausgeschlossen sein sollten. — Neufeld (Dem.): Der Beamte bezieht ein kleineres Gehalt und dafür eine Pension. Und wenn der Arbeiter ein Anrecht auf Ruhelohn hat, dann muß er sich mit einem kleineren Lohn zufrieden geben. — In der Einzelberatung wird eine redaktionelle Forderung Neufelds abgelehnt. — G. Reimpell (Soz.) wendet sich gegen einen Änderungsantrag Neufelds, der sich auf die Nebenbeschäftigung bezieht. — W. A. (Dem.) betont, seine Fraktion verliere nicht den Verstand, daß nicht Vollbeschäftigte der Ruhelohntafel verlustig gehen. Sie sei mit dem Antrag Neufeld nicht einverstanden. — Dr. Ker (Soz.) erklärt in dem Änderungsantrag Neufelds nur Wortklauberei. — Der Zusatzantrag Bohrt auf sinngemäße Anwendung des neuen Gesetzes auf die zurzeit vorhandenen Ruhelohnen, Witwen- und Waisengeldempfänger wird einem Ausschuß übermietet. — Angenommen wird u. a. ein Antrag Neufelds, daß die vor dem 25. Lebensjahr zurückgelegte Dienstzeit nicht angerechnet wird, und der Antrag Bohrt, das Gesetz am 1. Januar 1922 in Kraft treten zu lassen. — Die Vorlage wird hierauf angenommen und die Anträge dem Bürgerausschuß übermietet.

11. Antrag: Verstärkung der Mittel für die 3. und 6. Kleinkinderkassen. — Schermer (Soz.) erkundigt sich, wie es mit der Anstellung der vier Hilfslehrer stehe. — Senator Kulenkamp betont, daß die Oberbehörde gerne diese Kräfte anstellen anstellen möchte, sie sei aber an die Vorchrift gebunden, nicht mehr Kräfte anzustellen als sie brauche. Wenn für diesen Zweck mehr Mittel eingestellt würden, stehe der Anstellung nichts im Wege. Sie erfordern 40000 Mk. Die Anstellung gäbe jedoch weitere Kreise. — Die Senatsvorlage wird angenommen.

12. Antrag: Entwurf einer Verordnung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel. — Dr. Wittern (frakt.) ist mit der Vorlage ganz und gar nicht einverstanden. Das Wesentliche müsse sein, aus der Willkür der Behörden herauszukommen und festzustellen, inwieweit die Wohnung im Sinne des Reichsgesetzes unverkündbar sei. Die Heiligkeit der Wohnung müsse unangetastet bleiben. Im Beschlagnahmerecht hätte man anders verfahren müssen. Das ganze Gesetz komme der Bevölkerung nicht, man sei der Willkür der Behörden preisgegeben. Es sei deshalb gar nicht zu verstehen, wie die Deutschnationalen hier Führer sein konnten. Die Wohnung sei die Stätte der Familie und der Kultur. Der § 9 zeige, wie wir dem Kapitalismus verfallen seien. Den Mittelstandskreisen, die nicht in teuren Hotels ihre Ferien verbringen konnten, wurden ihre Sommererholungswohnungen genommen und Schiebern und Wucherern ausgeliefert. Scharfe Kritik übt der Redner auch an den Bestimmungen bei dem Besitzwechsel, bedauert, daß die Presse zu der Vorlage keine Stellung genommen habe mit Ausnahme des „Volksboten“, der jedoch den Kern der Sache nicht erfaßt habe. Die langen Ausführungen des Redners begegnen lebhaftem Widerspruch. — Der Vorsitzende erklärt, es sei bisher nicht üblich gewesen, daß ein abwesendes Mitglied in der nächsten Sitzung nachträglich das Gesetz noch einmal bespreche. Eine geschäftsordnungsmäßige Handhabung zur Wortentziehung habe jedoch gefehlt. — Dr. Ker (Soz.) wendet sich gegen das Vorgehen Dr. Witterns. Derartige Methoden dürften nicht eintreten. — Wolfradt (Soz.) verweist auf die bestehende Gesetzesvorschrift, wonach dem Senat das alleinige Recht zur Genehmigung von Satzungen zusteht, die für gemeinnützige Baugesellschaften in Frage kommen. Der Senat dürfe in Zukunft nur Satzungen genehmigen, bei denen Gewähr geboten sei, daß auch Wohnungen gebaut würden. — Senator Hoff betont, die Gemeinnützige Baugesellschaft Travemünde biete diese Gewähr nicht. Der Senat werde darauf hinwirken, daß in jeder Weise die Interessen des Staates gewahrt würden. — Dr. von Broden (Df.): Zurzeit könne die Wohnungsbeschlagsnahme gesetzlich nicht beschränkt werden, weil die Not zu groß ist. Man müsse bedenken, wegen der außerordentlichen Wohnungsnot zurückgelegt werden. — G. Reimpell (Soz.) fragte Herrn Dr. Wittern, in welchem Fall der Senat Satzungen von Baugesellschaften genehmigt habe, die den Allgemeininteressen widersprechen. — Dr. Wittern (frakt.) kann sich eines diesbezüglichen Sonderfalles heute nicht erinnern. — Der Senatsantrag wird hierauf angenommen.

13. Antrag: Kartoffelverjorgung Winterbemittelter. — Senator Hoff erklärt, heute werde es sehr schwierig sein, Kartoffeln zu dem erhofften Preise von 60 Mk. zu bekommen, da bereits bis zu 80 Mk. verlangt würden. Er erwarte, daß dem Verbilligungsamt kein Vorwurf gemacht werde, wenn es bei der Verbilligungsaktion über 20 Mk. hinausgehe und eine Nachbewilligung fordere. Bei einer Verbilligung um 20 Mk. könnten sich trotzdem viele keine Kartoffeln kaufen. — G. Reimpell (Df.) hält die jetzigen Kartoffelpreise für Wucherpreise. Die lübischen Landwirte hätten nur 40-50 Mk. gefordert. Weiter ersucht der Redner, die Frage der Errichtung eines 5. Spielplatzes in Krempelesdorf erneut zu prüfen, damit den Gärtnern nicht notwendiges Land weggenommen werde. Bei der Landverpachtung im Steinraber Hof müßten vor allem lübische Bewerber berücksichtigt werden. — G. Reimpell (frakt.) fragt, woher das Geld kommen soll, was heute bewilligt werde. Richtiger wäre es, den Winterbemittelten einen Zuschuß zu gewähren. Die Zuschüsse müßten eigentlich von Reich wegen geleistet werden, weil dieses nicht genügend dafür gesorgt habe, daß die Kartoffelausfuhr nach dem Auslande unterbleibe. — Dr. Wittern (frakt.): Solange das Reich Wucher und Verschwendung von Lebensmitteln nicht mit Zugleich und im Wiederholungsfall mit dem Tode bestraft, wird es nicht anders. Reden nützt nichts mehr, es muß gehandelt werden. — Der Senatsantrag wird angenommen.

14. Antrag: Heraushebung der Einkommensgrenze für Preisermäßigung beim Gasbezug. — Wird angenommen.

15. Nachbewilligung von Mitteln für die Empfangnahme und Verteilung der ausländischen Stiefgaben. — Wird angenommen.

Schluß 9 Uhr.

Der Senat erblühte Verabschiedung des Gesetzes. Ueber die

Aus aller Welt.

Sturmschäden in Berlin. In Berlin hat der Sturm mehrlach Schaden angerichtet. Von mehreren Dächern wurden die Dächer abgedeckt und Schornsteine beschädigt. In der Leipziger Straße und am Spittelmarkt wurden große Fenster von Geschäftshäusern zertrümmert. Im Tiergarten und Grunewald wurden zahlreich Bäume entwurzelt.

496 Tote als Opfer der Explosion in Oppau. Seit dem 2. Oktober sind noch 18 Todesfälle in den Krankenhäusern als Folgen der Oppauer Explosionskatastrophe gemeldet. Die Gesamtzahl der Opfer hat damit 496 Tote erreicht.

Brandstiftungen aus Abenteuerlust. Aus Elberfeld wird berichtet: Auf dem Höhenzuge Wermelskirchen-Debrinshausen sind in wenigen Wochen sieben Wohnhäuser und mit Federrücken gefüllte Scheunen sowie mehrere Waldungen abgebrannt. Die auf Anordnung der Staatsanwaltschaft angestellten Ermittlungen haben ergeben, daß die Brände von dem Ackergehilfen Arthur Engels aus Bremen aus reiner Abenteuerlust angelegt worden sind. Der Brandstifter, der auch sein väterliches Anwesen nicht verschonte, wurde verhaftet.

Schwarzer Marmor im Frankensalbe entdeckt. Im Frankensalbe wurden in der Gegend von Naila große Funde schwarzen Marmors gemacht. Fachleute, die in der Gegend seit längerer Zeit nach buntem Marmor graben, erklären die Funde für so bedeutend, daß damit das belgische bisherige Monopol im schwarzen Marmor durchbrochen werden könnte.

Lebendig begraben. Der wegen Mordes an seinem eigenen Sohne in Köln zum Tode verurteilte Feuerwehrmann Appelmann hat jetzt eingestanden, daß er den unglücklichen Jungen bei leben-

digem Leibe eingescharrt hat. Wie er angibt, hat er das Kind befestigt, weil ihm seine Familie zu groß wurde.

Eine schwere Katastrophe hat erneut die Wanderzirkus des Zirkus Stoll-Sarrasani betroffen. Am Sonntag vormittag wurde in Blaun das Zeltbad des Zirkusraumes durch eine Windhose von oben bis unten aufgeschliffen. Nur der stabile Bauart der ganzen Anlage ist es zu verdanken, daß kein vollkommener Einsturz erfolgte. Der Schaden für das Unternehmen ist sehr erheblich, der Zirkusbetrieb muß sofort abgebrochen werden. Dreihundert Angestellte verlieren durch die Katastrophe vorläufig ihre Tätigkeit. — In Wittenberge wurden durch den Sturm Zelt und Bobium des Zirkus Wilhelm Hagenbeck vernichtet.

Folgenschwerer Zusammenstoß. Aus Paris wird gemeldet: Durch den Zusammenstoß eines Straßenbahnwagens mit einem Privatwagen, der in Paris erfolgte, wurden drei Personen getötet.

Theater und Musik.

Hansa-Theater. „Die Sache mit Lola“ haben Bernauer und Schanze nach bekanntem Muster gelehrt: Ein älterer Bantoffelheld aus der Provinz sucht als Entschädigung für die unfreiwillige kleinstädtische Langeweile im Sündenbabel Berlin galante Abenteuer zu erleben. Seine argwöhnische Frau und mancherlei andere Zufälligkeiten treten ihm dabei als Hindernisse in den Weg. Ein Teufelweibel mit der Korsettaloninhaberin Lola, das auf dem trügerischen Grunde von Irrtümern und Verwechslungen sehr ergötzlich aufgebaut ist, verunglückt und so wird schließlich aus der Sache mit Lola nichts. In viel Schmäntzen

ist diese Idee nicht schon verarbeitet worden. Auch die bekannten Schmiegmütter-, Lebemanns- und verspäteten Seitengänger-Typen kehren hier bei Bernauer und Schanze wieder. Das Ganze ist mit schnoddrigen, manchmal ziemlich einseitigen und wichtigen Nebenarten gewürzt. Es steckt auch etwas Berliner Humor darin. Sonst ist nicht viel daran. Mitglieder der Hamburger Kammermusik verhalfen dem Stück hier am Montag durch ihr überaus flottes Spiel zu einem starken Lacherfolg. Namentlich Herr Gluth ließ als Otterbein alle Mienen seines trockenen Humors springen. Marie Gundra (seine Frau), Olga v. Mahr (Lola), Günther Bobrik (Dr. Kirchner), Franz Söndinger (Buschel), Wilhelmine Therg (Marta Jolefa), Hans Harbeck (Klappfuß), Clara Hünjeler (Empfangsdame), Erich Schön-Land (eine famose Gaunertypen) und andere waren wirksame Mitthelfer an der „Sache mit Lola“, die in Berlin selbst große Zugkraft ausübte. Allerdings war dort Ballenberg das Zugpferd.

Das Zahnpulver Nr. 23

reintigt die Zähne so vollkommen, daß schon nach kurzem Gebrauch das Aussehen derselben bedeutend verbessert wird. In den Apotheken und Drogerien.

Inferate

finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des wert-tätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inferate im „Lübecker Volksboten“

Personenstandsaufnahme.

Haushaltungsvorstände, die eine Wohnungsliste zur namentlichen Feststellung der Steuerpflichtigen nicht erhalten haben, wollen sich sofort in unserem Bureau, Brunnstraße 2/4, I., melden.

Die auszufüllten Listen sind bis zum 25. Oktober den Hausbesitzern zu übergeben. Die Rücklieferung der Listen durch die Hausbesitzer hat spätestens bis zum 31. Oktober zu erfolgen.

Das Statistische Amt.

Freitag abend starb plötzlich unser lang-jähriges Mitglied

Willi Potenberg.

Dem Verstorbenen, welcher ein eifriger Förderer des Segelports war, werden wir ein dauerndes Andenken bewahren. (8168)

Segler-Klub „Hansa“ von 1898.

Die Beerdigung findet am Mittwoch nach-mittag 4 Uhr auf dem Vorwerker Friedhof statt. Die Kollegen versammeln sich 3 1/2 Uhr beim Weißen Hirt.

Nach langem Leiden entschlief heute sanft unser lieber Vater, mein guter Sohn, unser lieber Bruder (8178)

Friedrich Winkelmann, im 57. Lebensjahre. Tief betrauert im Namen der Hinterbliebenen **Martha Winkelmann,** Lübeck, 24. Okt. 1921. Kirchhofstr. 41.

Trauerfeier: Mittwoch, den 26. Oktober, vorm. 10 1/2 Uhr in der Burgtor-Kapelle. Beerdigung auf dem Ehrenfriedhof.

Nachruf!

Am 2. Oktbr. 1921 verstarb an den Folgen einer Operation unser Kollege, der Schmied

Hermann Jackisch, Südsitz. (8175)

Wir werden sein Andenken in Ehren halten. **Arbeitschaft Hochtorwerk Lübeck A.-G.**

Nachruf.

Am 21. Oktober verschied plötzlich und unerwartet unser lieber Kollege und Mitbegründer unseres Klubs

Willi Potenberg.

Er war uns ein guter Kollege, sein Andenken wird stets in Ehren gehalten werden. (8160)

Konzertina-Klub „Lübeck“.

Zu vert. Anz. und Mitgl. (8153) Behrstr. 29 II.

Gutez. Kojim zu vert. (8170) Südsitz. 10 III.

Klappspinn. Reid. Hütz. (8150) Peterstr. 27a.

St. Petri. m. Mat. 2. vert. (8152) Anzstr. 8 c.

Deutscher Metallarbeiter - Verbd. Verwaltungsst. Lübeck. Ortsgruppe Kücknitz.

Am Sonnabend verstarb unser Kollege, der Schmied (8177)

Hermann Jackisch.

Ehre seinem Andenken! Beerdigung Mittwoch, den 26. Oktober nachm. 3 1/2 Uhr vom Trauerhause, Kolonie 84. Sammelpunkt der Kollegen daselbst 3 Uhr. Die Distriktsleitung.

Junger Arbeiter sucht zum 1. November Wohnung bei febl. Leuten. Off. u. M. G. a. b. Exp. d. Volksb. (8161)

3. vert. f. u. ein Bettstelle in Matr. (8164) Behrstr. 47, p.

Zu vert. 1 Delanzug, 1 B. Kinderstiefel, Gr. 25, 1 Sandb., 1 Paar f. Knabstief. (8186) Al. Stejan 18, I.

Zugelauten ein Wolfshund (schwarzfarb.). (8183) Engelswisch 333.

Habe Gift auf mein Land gemengt. (8162) Kunze, Reusefeld.

Reliquien werd. umgeat. (8154) Gundeit. 72, II.

Ich nehme die gegen Frau Lerch und Fräulein Lerch ausgesprochene Beleidigung mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück. (8187) **Erna Runge,** Herrmannstr.

Zelle zum Geben bringt man zum Fachmann. **Hamburger Pelzgerber Sebanstr. 4a.** (8158)

Postgebühren — 50 Pfg. — **Friedr. Meyer & Co.** Johannisstraße 46.

Für die vielen Geschenke und Gratulationen zu unserer silbernen Hochzeit, sowie dem Gesangverein „Einigkeit“ sagen wir hiermit unsern herzlichsten Dank. **Carl Laß u. Frau Schlutup.** (8168)

Für die vielen Geschenke und Glückwünsche zu unserer Hochzeit danken wir herzlich. (8178) **Karl Thies u. Frau Henny** geb. Hildebrandt.

Achtung! Deutscher Bauarbeiter - Verbd.

Die Bau- und Maßbelegierten, welche noch an den am 27. Oktober beginnenden unentgeltlichen Kursus über das Betriebsrätegesetz und über Volkswirtschaftslehre teilnehmen wollen, müssen sich bis zum 27. Oktober, abends im Bureau oder in der dann stattfindenden Versammlung gemeldet haben. (8126) Der Vorstand.

An- und Verkauf Kleidungsstücke, Fußzeug, Wäsche u. Bettzeug. **Karl Frosch,** (8149) Regidienstraße 63.

Delze

sind zirka **40% billiger!**

als im Vorjahre, die Preise für Pelzstücke sind schon wieder im Steigen begriffen.

Kaufen Sie daher rechtzeitig.

Ich biete an große Posten **Skunks-Zobel, Patagonia-Kanin, große Fuchsform Mk. 145.—**

Alaska-Füchse Mk. 375.— sowie alle anderen Pelzarten. (8051)

Spezialität: **Feinstes Natur-Skunks.** Reparaturen jetzt noch schnell u. preiswert. Kostenausschläge bereitwilligst.

Pelzhans Friedrich Zimmermann Königstraße 24, Ecke Pfaffenstraße.

Neues Volksliederbuch mit Anlehnung zur Lautenbesetzung. Preis Mk. 5.50. **Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.,** Johannisstr. 46.

Minlosches Waschwassers



Garantiert Friedensqualität, wieder überall erhältlich wo nicht, wende man sich an **L. Minlos & Co., Köln-Ehrenfeld.** (8166)

Der Neue-Welt-Kalender für 1922

ist erschienen und zum Preise von 3 Mk. zu haben in der

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co. („Lübecker Volksbote“), Johannisstr.

Zum Geburtsstag

zur Verlobung und bei ähnlichen Anlässen eignen sich hervorragend als Festgeschenke:

Briefkassetten, Briefmappen, Damenschreibmappen, Blumenbriefkarten mit Umschlägen, Notizbüchlein, Visitenkarten

oder ein gutes Buch aus unserer reichen Unterhaltungsliteratur.

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co
Lübecker Volksbote
Beachten Sie unsere Schaufenster!

In's Auge fallend

ist der mit **Javalin** erzeugte Hochglanz des Schuhwerkes Überall zu haben. **Gen. Fabrik Gebr. Meyer Hannover-Lückingen**

Vertreter: **Emil Scheel, Lübeck,** Telephon 798. **Moltkestraße 1.** (8165)

Visitenkarten liefern **Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.**

Homöopathische Heilpraxis!

Behandlung von Krankheiten durch Anwendung von Magnetismus, Elektrizität und Heilkräutern 8047.

Sprechstunde: vorm. 10—12 nachm. 3—5. Beratung kostenlos!

A. Parsenow Chemiker **Am Burgfeld 31.**

Zum Herbst am die Schule!

Das **Schulprogramm der Sozialdemokratie** von **RICH. LOHMANN** Ein prakt. Handbuch für Eltern, Lehrer und Erzieher, in dem nicht nur die Forderungen der Sozialdemokratie zusammengestellt sind, sondern auch die besten Möglichkeiten zur schrittweisen Erreichung des Zieles dargelegt werden. Preis Mark 6.50

Buchhandlung **Friedr. Meyer & Co.,** Johannisstraße 46.

J. H. Bein Am Markt 12. Breite Straße 64.

Beste Bezugsquelle für erhaltene Manufakturwaren • Spezialhaus für Betten, Bettfedern und Daunnen • Herren- u. Knaben-Garderoben Arbeiter- und Berufsleidung.